

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Volk-Zeitungs-
 Gesellschaft für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Österreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechs-spaltige Roton-
 sette oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Verbands-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Sonntag, den 1. Dezember 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Erklärung.

Die socialdemokratische Fraktion hat sich mit dem Konflikt beschäftigt, der zwischen der Buchdruckerei der „Leipziger Volkszeitung“ und den Leipziger Parteigenossen einerseits, den ausständigen Sehern und dem Verbands der Buchdrucker andererseits entstanden ist.

Die socialdemokratische Fraktion konstatiert, daß es sich in diesem Konflikt nicht um Meinungsverschiedenheiten wegen der Arbeitsbedingungen handelt, die allen Ansprüchen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter entsprechen. Es handelt sich vielmehr nur darum, daß die Geschäftsleitung der Buchdruckerei der „Leipziger Volkszeitung“ auf Beschluß der Leipziger Parteigenossen den Grundlag aufstellte, daß bei Entlassung von Arbeitern die Frage maßgebend sein sollte, ob die Betreffenden an der agitatorischen Tätigkeit für die socialdemokratische Partei sich beteiligen oder nicht.

Infolge der Einführung von Sechsmaschinen war die Geschäftsleitung genötigt, Arbeiter zu entlassen; nachdem bereits vor einiger Zeit zwei Mitglieder der Buchdrucker-Gewerkschaft entlassen worden waren, wurde neuerdings auf Grund jenes gefassten Beschlusses zwei Mitgliedern des Buchdrucker-Verbands gekündigt, die in Gemeinschaft mit ihren Verbandskollegen diese Gründe für ihre Kündigung nicht anerkannten, weshalb sämtliche in der „Leipziger Volkszeitung“ beschäftigten Mitglieder des Buchdrucker-Verbands kündigten und die Arbeit niederlegten.

Die Fraktion ist von jeher, und zwar unter Zustimmung der ganzen Partei, dagegen aufgetreten, wenn die Leiter von Staats- oder Privatbetrieben Arbeiter entließen, weil diese einer ihnen mißliebigen Partei angehörten. Von diesem Gesichtspunkt aus kann die Fraktion es auch nicht billigen, daß die Frage, ob ein Arbeiter eine gewünschte politische Tätigkeit ausüben oder nicht, bei der Kündigung oder Entlassung in Parteigeschäften entscheidend sei.

Die Fraktion spricht deshalb die Hoffnung aus, daß die Leipziger Parteigenossen alles aufbieten werden, um den gemachten Mißgriff auszugleichen und die daraus entspringenden Differenzen zu beseitigen, sie erwartet aber auch, daß der Buchdrucker-Verband eine klampfwiese einstellt, welche die herrschende Verbitterung nur verschärfen muß.

Die Fraktion erklärt sich bereit, die Vermittelung zwischen den Streitenden zu übernehmen.

Berlin, den 30. November 1900.

Im Auftrag der Fraktion:

Der Fraktionsvorstand.

Kuer. Hebel, Weiser, Pfannkuch, Singer.

Mundus vult decipi.

(Die Welt will betrogen sein.)

Noch hat sich die Aufregung und Erbitterung, welche die Zwölftausendmark Angelegenheit in der ganzen deutschen Arbeiterklasse hervorgerufen hat, nicht gelegt, und wiederum kommt eine Enttäuschung, welche abermals die gesamte Arbeiterklasse in ihren tiefsten Tiefen aufregen muß.

Es ist der Brief des Vorstands der See-Vereinsgenossenschaft gemeint, dessen Inhalt der Abgeordnete Raab in der Sitzung des Reichstags am Dienstagabend mitteilte und der nur wegen der späten Stunde, in der er bekannt wurde, im Hause nicht mehr diejenige Beachtung und Beurteilung gefunden hat, die er in volstem Maße verdient.

Der stenographische Bericht giebt das Schreiben der See-Vereinsgenossenschaft, mit den Unterbrechungen, welche die linke Seite des Hauses während des Vorlesens durch den Abg. Raab machte, folgendermaßen wieder:

„Die Unfallverhütungsvorschriften haben meines Erachtens weniger einen direkten praktischen Zweck, als daß sie zur Dekoration dienen (Hört! Hört! links), um den Behörden und dem Publikum zu zeigen, wie vorzüglich die See-Vereinsgenossenschaft alles geregelt hat, wie sie alles bedacht hat, für die Reederei denkt und sorgt, ihnen die Mühe des eignen Nachdenkens und die Verantwortung abnimmt (Hört! Hört! links) und sie in jeder Weise bevorzundet.“

Dann geht es weiter:

Von diesem Gesichtspunkte aus, meine ich, sollten wir jede auftauchende Frage durch eine hübsche Unfallverhütungsvorschrift zu lösen trachten (Hört! Hört! links), je harmloser, desto besser.“

Und das Schlusswort lautet: mundus vult decipi. (Hört! Hört! links.)

Unterschieden mit dem Vermerk „Einverstanden“ ist es außer von dem Vorsitzenden der See-Vereinsgenossenschaft noch von sechs der übrigen Vorstandsmitglieder derselben. (Hört! Hört! links.)

Neben dem Centralverband der Großindustriellen ist es die See-Vereinsgenossenschaft, das heißt die Organisation der großen Reederei-Interessen, die auf die deutsche Socialpolitik den verhängnisvollsten Einfluß auszuüben verstanden hat. Und wie der Centralverband der Großindustriellen in erster Linie in Herrn v. Boedike sein mit klarer Erkenntnis ihm dienendes Werkzeug fand, so in demselben Herrn v. Boedike auch die See-Vereinsgenossenschaft.

Bereits in der Sitzung des Reichstags vom 17. Januar 1899 hat unser Parteigenosse Molkenbuhr nachgewiesen, wie das Reichs-Versicherungsamt, in diesem Falle wieder das Zivilingenieurpaar Posadowsky-Boedike, unter Nichtachtung der gesetzlichen Vorschriften es unterließ, der See-Vereinsgenossenschaft diejenigen Pflichten aufzulegen, die das Gesetz derselben vorschreibt.

Das Gesetz über die Unfallversicherung der Seeleute schreibt nämlich in seinem § 6 vor:

„Als Jahres-Arbeitsverdienst der zur Schiffsbesatzung gehörigen Personen gilt im Sinne dieses Gesetzes das Neunfache desjenigen vom Reichskanzler festzusetzenden Durchschnittsbetrags, welcher bei der Anmusterung oder Anwerbung durchschnittlich für den Monat an Lohn (Gehalt) oder Gehalt gewährt wird, unter Hinzurechnung von zwei Fünfteln des für Vollmattrosen geltenden Durchschnittsbetrags als Geldwert der auf Jahrgängen gewährten Beförderung.“

Im weiteren wird bestimmt, daß der durchschnittliche Betrag von dem Reichskanzler nach Anhörung der Landes-Centralbehörden einheitlich für die ganze Küste festzusetzen sei. Der Festsetzung sollen die an Vollmattrosen auf deutschen Fahrzeugen während der letzten vorangegangenen drei Kalenderjahre, in welchen eine Mobilmachung der deutschen Streitkräfte nicht stattfand, gewährten Lohnsätze zu Grunde gelegt werden. Endlich soll mindestens alle fünf Jahre eine Revision der Festsetzung erfolgen.

Wenn es in diesen Vorschriften heißt: der Reichskanzler soll das und das thun, so liegt auf der Hand, daß der Reichskanzler alles das was Reichsverfassung und Reichsgesetze ihm aufbürden, nicht selbst ausführen und prüfen kann, sondern daß er sich in dieser Beziehung auf die Departementchefs, im vorliegenden Falle in erster Linie auf den Staatssekretär des Reichsamts des Innern, verlassen muß.

Molkenbuhr wies nun nach, daß die erste vom Gesetz vorgeschriebene Prüfung der Durchschnittsbewertung am 22. Dezember 1887 bekannt gemacht wurde, daß man aber schon damals die Durchschnittsbewertung niedriger ansetzte, als sie nach dem Durchschnitt der letzten drei Jahre hätten angesetzt werden müssen. Das war eine schwere und unverantwortliche Schädigung der versicherten Seeleute, die dadurch bei einem Unfall und, im Falle des Todes ihre Hinterlassenen, erheblich niedrigere Renten bekamen, als das Gesetz sie vorschreibt.

Das war das erste bittere Unrecht, um kein härteres Wort zu gebrauchen, begangen an Arbeitern, die einem der lebensgefährlichsten Berufe angehören. Das zweite bittere Unrecht, das an den Seeleuten begangen wurde, hat ebenfalls Herr v. Bötticher, der damalige Staatssekretär des Reichsamts des Innern, auf dem Gewissen, der im Jahre 1893, als zum erstenmal die gesetzlich vorgeschriebene Revision der Heuersätze hätte vorgenommen werden müssen, eine Bekanntmachung veröffentlichte, wonach ein Grund zu veränderten Heuersätzen nicht vorliege, weil angeblich seit 1887 die Heuer dieselben geblieben seien. Molkenbuhr hat ebenfalls nachgewiesen, daß dieses un wahr war, daß in dem Zeitraum von 1887—1892 die Heuern erheblich gestiegen waren, so daß, streng genommen, an den invaliden Arbeitern und ihren Hinterbliebenen wieder eine Art Betrug verübt wurde.

Das Tollste und kaum Glaubliche aber ist, daß nach weiteren fünf Jahren, im Jahre 1898, die Bekanntmachung des Herrn v. Bötticher aus dem Jahre 1893 mit ein paar kleinen Änderungen im Wortlaut abermals veröffentlicht wurde, weil angeblich auch jetzt noch kein Grund zur Änderung der Heuersätze von 1887 vorhanden sei, obgleich seit 1893 abermals Veränderungen in den Heuersätzen eingetreten waren, wie Molkenbuhr ebenfalls nachwies.

Man muß das alles schwarz auf weiß lesen, um zu glauben, daß solche ungeheuerliche Entscheidungen vom Reichsamt des Innern auf Gutachten der beteiligten Regierungen hin getroffen werden konnten.

Und so wurde Verfahren zu Gunsten einer Organisation, die zu einem großen Teil aus Millionären besteht!

Das Endresultat jener Verhandlungen am 17. Januar 1899 war, daß kein einziger Vertreter der bürgerlichen Parteien sich der aufs schwerste geschädigten Seeleute annahm und daß, nachdem Herr v. Boedike das Verfahren der Behörden zu rechtfertigen versucht hatte, der Reichstag über die Angelegenheit hinwegging.

Aber Molkenbuhr kam in späteren Sitzungen abermals auf die Angelegenheit zurück und schließlich erzwang er eine Erklärung, daß eine nochmalige Erhebung über die Heuersätze vorgenommen werden sollte, die mittlerweile erfolgt ist.

Diese Vorgänge zeigen, welche Beziehungen zwischen dem Reichsamt des Innern und der See-Vereinsgenossenschaft bestehen und wie das tiefste Mißtrauen gegen die leitenden Personen im Reichsamt des Innern am Platze ist.

In der letzten Diensttagssitzung nahmen die Verhandlungen insofern einen abweichenden Verlauf, als es besonders der antisemitische Abgeordnete Raab war, der die See-Vereinsgenossenschaft wegen ihrer Praktiken angriff. Darauf sah sich Graf von Posadowsky wiederum veranlaßt, die See-Vereinsgenossenschaft gegen die Raabschen Angriffe in Schutz zu nehmen und zwar sogar namens der verbündeten

Regierungen“, weil sich die See-Vereinsgenossenschaft bisher stets „der höchsten Anerkennung des Reichs-Versicherungsamts erfreut habe“. Und nach dem Grafen v. Posadowsky nahm der Vertreter für Hamburg im Bundesrat das Wort, um nicht nur ebenfalls das Lob der See-Vereinsgenossenschaft in den höchsten Tönen zu singen, sondern insbesondere auch dem letzten Sommer verstorbenen Vorsitzenden derselben, Laeisz, als eine Art Wohltäter der Menschheit zu schildern, wie kaum ein zweiter gelebt habe, wobei er sich zum Ueberflus auch noch auf ein sehr schmeichelfhaftes Anerkennungsschreiben des verstorbenen Präsidenten des Reichs-Versicherungsamts, Dr. Bödiker, beziehen konnte.

Als Antwort hierauf las alsdann Herr Raab den oben abgedruckten Brief des Vorstands der See-Vereinsgenossenschaft vor, der, wenn sich dessen Inhalt bewahrheitete, was wir nicht bezweifeln, den verstorbenen Laeisz und seine Vorstandskollegen in ein gelinde gesagt, mehr als merkwürdiges Licht stellt. Damit ist aber auch das Urteil über die bundesrätlichen Lobredner der Laeisz und Konforten gefällt.

Wir würden dem Abg. Raab gerne Anerkennung zollen für die Veröffentlichung jenes Briefes. Aber er hat sich dieselbe dadurch verschertzt, daß er erklärte: er würde dieses Schreiben nicht veröffentlicht haben, wenn nicht der Vertreter für Hamburg im Bundesrat durch Form und Inhalt seiner Rede ihn „unglaublich provoziert“ habe. Auch unterließ es Herr Raab, die Namen der Vorstandsmitglieder, die den Brief unterzeichnet haben sollen und deren Namen zu ihrer Schande bekannt zu werden verdienen, zu nennen.

Nun, wir wissen, der eine Name war derjenige des verstorbenen Laeisz, ein anderer ist der des berühmten Reeders Schiff (Eisfisch), der vor Jahren, als eins seiner Schiffe untergegangen war, telegraphierte: Schiff verloren, Mannschaft leider gerettet.

Die Namen der andren Vorstandsmitglieder aus jener Zeit werden wir in Kürze erfahren und werden sie dann der verdienten Verachtung preisgeben.

Der Geist, der in der See-Vereinsgenossenschaft herrscht, wird nicht nur durch jenes für unmöglich gehaltene Schreiben, sondern insbesondere auch durch die Thatfache illustriert, daß jener berühmte Schiff bis heute Vorstandsmitglied der Genossenschaft ist. Das spricht Bände.

Gäbe es in Deutschland Gerechtigkeit, so müßten die Unterzeichner jenes Schreibens, soweit sie noch am Leben und noch Vorstandsmitglieder der See-Vereinsgenossenschaft sind, mit Schimpf und Schande von ihren Posten gejagt werden.

Wahr hat Graf v. Posadowsky sofort verlangt, daß ihm eine Abschrift jenes Schreibens eingehändigt werde, aber ob auch die entsprechenden Maßregeln von ihm ergriffen werden, steht noch dahin.

Schließlich ist aber das selbstverachtende Urteil, das die Vorstandsmitglieder der See-Vereinsgenossenschaft im Jahre 1896 über den Wert ihrer vereinsgenossenschaftlichen Unfallvorschriften fällten, die glänzendste Rechtfertigung für die bisher vergeblich erhobene socialdemokratische Forderung, daß den Vereinsgenossenschaften das Recht, solche Vorschriften zu erlassen und die Ausführung derselben durch ihre eignen Beamten kontrollieren zu lassen, genommen werden muß, und die Gewerbe-Inspektoren das ausschließliche Recht der Revision und eine besondere Behörde, z. B. ein Reichsarbeitsamt, das ausschließliche Recht zum Erlaß solcher Schutzmaßregeln erhält.

Wenn jemals Arbeiter über unzureichende oder mangelnde Schutzvorrichtungen zu klagen haben, dann mögen sie denken an die Laeisz, Schiff und Konforten, die Schutzvorschriften mit der Absicht erlassen, daß sie nicht in Anwendung kommen, und so Leben und Gesundheit der Seeleute gewissenlos preisgeben und welche die Invaliden und ihre Hinterlassenen lieber durch ein kleines Blutgeld abfinden, damit sie die großen Kosten für die Durchführung ihrer Anordnungen sparen. Sind wir denn sicher, daß in andren Vereinsgenossenschaften nicht ähnliche Zustände bestehen?

Wird die socialdemokratische Forderung nicht schleunigst durchgeführt, so darf man zwar ferner nicht sagen: Die Welt will betrogen sein, wohl aber: sie wird betrogen.

Vor allem die deutsche Arbeiterklasse, die um ihr täglich Brot zu gewinnen, Leben und Gesundheit im Interesse der deutschen Kapitalistenklasse opfern muß.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. November.

Der Reichstag

hat am Freitag in langen Erörterungen einmal die Begebung der letzten 80 Millionen Reichsanleihe in Amerika und zweitens an der Hand der Uebersicht über die Reichs-Einnahmen und Ausgaben für 1899 die gewohnheitsmäßigen Etats-Ueberschreitungen besprochen. Im ersten Fall war Freiherr von Tziemann das Stichblatt der Angriffe für Agrarier und Bankiers, Graf

Deutsches Reich.

Nachrichtliche, daß die Begebung der deutschen Anleihe in der Union den Hochmut der Amerikaner und ihren Glauben, daß ihrer Führerschaft über die Weltmärkte der Welt auch Deutschland unterworfen sei, ins Maßlose steigern werde.

Einen ähnlichen Ausgang nahm die lange Debatte, die an die Uebersicht über die Reichsausgaben und -Einnahmen im Jahre 1890 anknüpfte. Hier wurde die Marineverwaltung aufs Korn genommen, die sich Staatsüberschreitungen ganz gewohnheitsmäßig leistet und ein sehr merkwürdiges Buchungs-

Der letzte Gegenstand der Tagesordnung, die Anträge der Abgg. Hintelen, v. Salisch und Mundel auf Wiedereinführung der Berufung in Strafsachen, Wenderung der Eidesformel usw., die in früheren Sessionen schon sehr ausführlich besprochen worden sind, wurden kurzer Hand in eine Kommission verwiesen.

Die Verfassung der Landarbeiter.

Nun hat auch Braunschweig sein Kontraktbruchgesetz. In der Sitzung des Landtags vom 27. November wurde die Regierungsvorlage betreffend den Kontraktbruch in landwirtschaftlichen Arbeitsverhältnissen beraten und schließlich der § 1 in folgender Fassung angenommen:

Landwirtschaftliche Arbeiter, welche widerrechtlich und vorsätzlich den Antritt der Arbeit verweigern oder die Arbeit verlassen, werden mit Geldstrafe bis zu 30 M. oder mit Haft bis zu 10 Tagen bestraft.

In der Regierungsvorlage fehlten die Worte „und vorsätzlich“, die auf Antrag eines Abgeordneten hinzugefügt wurden.

Einige zahnige Opposition wurde zwar von einzelnen Abgeordneten gemacht, die die Wirkungen des Gesetzes auf die Sozialdemokratie hervorhoben; auch das Wort „Ausnahmegesetz“ wurde durch den Abgeordneten Semler, den Hauptopponenten, in die Debatte geworfen, aber zu einem ernsthaften Kritik, zur Vertonung der Interessen der Arbeiter kam es nicht.

Die sollte es auch! Der Landtag des preussisch regierten Herzogtums Braunschweig ist kein Dreiklassen- sondern ein Klassenparlament mit indirektem Wahlsystem und doppeltem Wahlrecht für die fünf obersten Klassen.

Der § 2 der Vorlage bestimmt, daß Arbeiter, die den Antritt der Arbeit widerrechtlich verweigern oder die Arbeit widerrechtlich verlassen, zwangsweise zur Arbeit zurückgeführt werden können und auch noch die Kosten dafür zu tragen haben.

Braunschweig ist der dritte Bundesstaat, der den sogenannten Kontraktbruch zu einer strafbaren Handlung stempelt; Anhalt machte den Anfang, Neuch j. L. folgte nach und Braunschweig wird nicht der letzte sein.

Man sollte durch Auffklärung der Landarbeiter dafür sorgen, daß sie sich überhaupt nicht mehr durch Kontrakte für irgend eine Zeit binden. Versteht der Arbeitermangel in dem Umfange, wie die Agrarier behaupten und zur Begründung solcher Gesetze anführen, dann werden sie froh sein, überhaupt Arbeiter zu bekommen; bestehen die Arbeiter auf Kontrakten, die ein sofortiges Verlassen der Arbeit gestatten, dann ist das Gesetz wirkungslos.

Im übrigen wird dafür gesorgt werden, daß auch die Landarbeiter erfahren, wer ihre Feinde sind und wodurch sie ihre Ketten ein für allemal zerbrechen können.

Zur 12000 Mark-Affaire. In dem Centralverband der Industriellen gart es. Einzelne anspruchsvollere Mitglieder lehnen sich gegen die Herrschaft der Bued-Jende nebst ihrem ministeriellen Anhang, den Posadowsky und Borsdike, offensichtlich auf.

Die Leipziger Volkszeitung veröffentlicht einen interessanten Brief aus einem süddeutschen Industriecor. Wir entnehmen diesem Schreiben die folgenden Stellen:

Als das interessante Rundschreiben des Herrn Bued, die 12000 M. betreffend, auch denjenigen Kreisen des Centralverbandes deutscher Industrieller bekannt wurde, welchen gegenüber die geheimen Verhandlungen des Direktoriums bis heute als „streng vertraulich“ gehalten werden, machte eins der ältesten Mitglieder des Centralverbandes die lakonische Bemerkung: „Der Preuß nimmt, und der Bued macht's!“

„Zum Verständnis dieser von den anderen Mitgliedern der vornehmsten Kreise verständigend belächelten Bemerkung muß hier eingeschaltet werden: In verschiedenen Gegenden der mährisch-preussischen linken Rheinseite lüftet aus dem ersten Decennium dieses Jahrhunderts vom sehr stark trinkgelddeswegen Verhalten der damaligen preussischen Beamten in dem „eroberten“ Lande her das Sprichwort: Der Preuß nimmt!

Der Ausdruck: „der Bued macht's“ weist hin auf die nicht gerade große Beliebtheit dieses Generalsekretärs bei einem nicht geringen Teile des Verbands. Dort ist man immer noch der Meinung, dem Wirken des Herrn Bued sei es zuzuschreiben, daß der Verband eigentlich nur dazu da sei, den Interessen einiger bevorzugter und mächtiger Gruppen desselben dienlich zu sein, welche zum Nutzen ihres Geldbeutels, um einen hierorts gebräuchlichen Ausdruck anzuwenden: „es nach oben hin sehr gut können.“

Das Verhalten der Regierung nun in diesem zufällig an den Tag gekommenen Trinkgelddesfälle giebt sicher in weiten Industriellenkreisen zu ungetriebener Heiterkeit Anlaß. Zunächst ist sehr heiter, daß auch Herr Bülow von einer „Intrigue“ gegen die Regierung gesprochen und dann mit der Sprechfertigkeit eines mittel-mächtigen Handlungsreisenden versichert hat, so etwas werde unter ihm nicht mehr vorkommen.

Die guten Leute, welche gemeint haben, die Publikation des Trinkgelddesfalls bezwecke, Posadowsky zu beistimmen, haben sich also wohl sehr geirrt. Die Wirkung dieses Schreibens wird sich, wenn auch nicht gleich, so doch sicher im Centralverband zeigen, wo es schon lange gärt. Für die Industrie aber, welche sehr schweren Zeiten entgegengeht, wäre die Vereitelung der Bued-Clique ein großer Fortschritt. Und eher kommt das deutsche Erwerbsleben nicht in geordnete Bahnen, ehe das nationale Unglück des „Scharfmacher“-Konfessions völlig überwunden ist.

Der Briefschreiber kündigt am Schlusse seines sehr eingeweihten Briefes weitere Mitteilungen an.

Herr Bülow hat sich in der That in der 12000 Mark-Affaire ebenso schlimm betrauert wie in der Chinafrage. Seine nichts-taugende Eleganz vermag vielleicht die harmlosen oder spekulativen Gemüther von bürgerlichen Volksvertretern befriedigen, schwere und ernste Konflikte werden nicht aus der Welt gelüpft.

Die 12000 Mark-Affaire ist nicht tot und die Geheimnisse der christlich-konservativen Sozialreform drängen an den Tag.

Der Spiegel der Unverschämtheit. Das Herr Schweinburg an Unverschämtheit sich sogar selbst übertreffen kann, zeigt eine Auslassung seiner Korrespondenz. Die Sozialdemokratie, schreibt er, betreibt den Sport, die Unfallverhütungs-Thätigkeit der See-Versicherungsgesellschaft als unzulänglich zu bezeichnen. Das sei grund-sätzlich; denn

„daß gerade das Gegenteil der Wahrheit entspricht, kann man aus den noch jüngst vom Reichs-Versicherungsamt genehmigten Nachträgen zu den Unfallverhütungs-Vorschriften der See-Versicherungsgesellschaft ersehen. Es werden hier nur die Vorschriften über die Beschaffenheit der Anker, Ketten und Troßen für Dampfer und für Segelschiffe einer Änderung unterzogen, die Bestimmungen gehen aber so ins Einzelne und zeugen von einer solchen Sorge für Leben und Gesundheit der Schiffsmannschaft, daß schon die sozialdemokratische Unverschämtheit dazu gehört, solchen Vorschriften jede Bedeutung für die Interessen der Arbeiter abzuspülen. Wie überhaupt die Prüfung der Festigkeit der Anker, Ketten und Troßen genauer vorgezeichnet und die Ingebrauchnahme der selben an schwerere Bedingungen geknüpft werden könnte, ohne die Schiffahrt überhaupt unmöglich zu machen, ist unverständlich.“

Die Frechheit und — Naivetät dieses Schwunbels sollte man nicht für möglich halten. Die „Rechtfertigung“ verständig ja geradezu das Regent des Landtag-Briefs, der in der reichlichen Fabrikation neuer Unfallverhütungs-Vorschriften das beste Mittel für die Wieder-erlangung der Unbequemlichkeiten loszuwerden.

Schweinburg beweist durch sein „Entlastungsmaterial“, daß die See-Versicherungsgesellschaft unentwegt den Rat der Herren Raetz und Schiff befolgt.

Schweins Pastenlassung ist, wie uns ein Telegramm aus Halle a. S. meldet, noch nicht erfolgt, unsere geistige Meldung war uns von privater Seite gemacht worden. Die dem Staats-anwalt angebotene Nationalsumme ist abgelehnt worden, weil Fluchtverdacht vorliegt.

Der Blut- und Eisenmensch. In diesen Tagen ist ein Band Briefe des Fürsten Bismarck erschienen, die dieser an seine Frau und Frau gerichtet hat. Diese Briefe sind wohl geeignet, zur Charakteristik des Scharfmachers beizutragen, wenn man sie ge-bührenderweise den Zeugnissen gegenüberstellt, die aus anderen Quellen über die nämlichen Verhältnisse beigebracht werden können.

Für sich allein weist die folgende Stelle aus einem Brief vom 28. September 1848:

„Am Montag wird der Würfel hier wohl fallen. Entweder zeigt sich das Ministerium schwach wie seine Vorgänger und weicht aus, wogegen ich noch demüthigt sein werde, zu wirken, oder es thut seine Pflicht; dann zweifle ich keinen Augenblick, daß am Montagabend oder am Dienstag Blut fließt. Ich hätte nicht gedacht, daß die Demokraten dreist genug sein würden, die Schlacht anzunehmen; aber ihr ganzes Auftreten deutet an, daß sie es wollen. Polen, Frankfurter, Gummier, Freischärler, alles mögliche Gesindel ist wieder

vorhanden. Sie rechnen auf den Abfall der Truppen, wahr-scheinlich durch die Reden einzelner unzufriedener Schwäger unter den Soldaten dazu verleitet; aber ich denke, sie werden sich sehr irren. Ich selbst habe keine Veranlassung, die Sache hier abzuwarten und Gott damit zu versuchen, daß er mich in Gefahren schütze, die ich keinen Veranlassung habe, aufzusuchen. Ich werde daher meine Person schon morgen in Sicherheit bringen.“

Die ansehnlich-bornierte und verleumderische Junkerkassation vor der 1848er Bewegung bedarf keiner ernsthaften Juridivision. Nur das Menschliche sei herausgestellt: Bismarck ist bemüht, das Mini-sterium Buel — die Konterrevolution stand kurz vor dem ent-scheidenden Schlage — scharf zu machen. Es soll ein Blutbad provo-ciert werden, damit in ihm die Revolution vollends erstickt werde. Das war der beherrschende Gedanke, der diesen Mann bis an sein Lebendende leitete: In der äußeren und inneren Politik Blut und Eisen, die Gelegenheit zum Vorschlagen durch Intriguen, Fälschungen, Provokationen erzwingen.

Freilich er selbst, der Held, bringt sich in Sicherheit, er will nicht dabei sein, er will Gott nicht versuchen, daß er ihn in Ge-fahren schütze.

In der That ein Heros, der andere kaltblütig hinnorden läßt, selbst aber nicht die geringste Reue verspürt — Gott zu ver-suchen.

Kein Wunder, daß aus dieser Bismarckschen Nationalerziehung das Apathikum ersprossen ist, das auf wechelse Wefen Menschenjungen organisiert.

Krügers Abseher nach Berlin wird von Blättern, die sich der Verbindung mit amtlichen Stellen rühmen, als feststehend be-zeichnet. Die betreffenden amtlichen Stellen seien bereits von Krügers Abseher nach Berlin zu kommen, benachrichtigt, auch seien genaue Angaben über die Zeit der Abreise von Paris, der Ankunft in Berlin usw. gemacht. Ganz ausgeschlossen sei es jedoch nicht, daß Krüger noch im letzten Augenblick seine Dispositionen ändere, falls seine mit Berlin noch schwebenden Unterhandlungen nicht den ge-wünschten Erfolg haben sollten. Wenn Krüger sich, wie in Paris, mit Belleidsbetreibungen zufrieden giebt, so ist nicht abzusehen, warum er nicht auch nach Berlin kommen sollte.

In der Reichstags-Steinwahl für Meseritz-Bornitz wurden bisher 8900 konservativ und 7500 Stimmen für den Polen gezählt. Eine Reihe von Bezirken stehen noch aus. Bei der Hauptwahl wurden 6231 konservativ, 3733 antisemitische, 7200 polnische, 576 deutsch-katholische und 40 sozialdemokratische Stimmen ab-gegeben.

Das befohlene Molke-Denkmal.

Der „Mein Cour.“ ist in der Lage, ein vom Chef des Generalstabs der Armee, Graf Schlieffen, ausgehendes, an sämtliche Generalkommandos der Armee gerichtetes Schreiben zu veröffentlichen, aus dem hervorgeht, daß die vom Düsselbacher Bezirkskommando ausgegangene Auf-forderung zum Einreichen von Beiträgen zu einem Berliner Molke-Denkmal im ganzen Lande ergangen sein müsse. Das Schreiben des Chefs des Generalstabs fordert nämlich die einzelnen Kommandos auf, an die ihnen unterstellten Offiziere eine diesbezügliche Aufforderung ergehen zu lassen. Aus diesem Schreiben geht ferner hervor, daß die Aufforderung einer An-nehmung des Kaisers entbehrt, von dem das Denkmals-projekt ausgegangen ist und der auch bereits das Denkmals-mal in Bestellung gegeben und den Platz der Auf-stellung bestimmt hat. Das Schreiben des Generalstabs-Chefs beginnt denn auch mit den Worten:

„Seine Majestät der Kaiser und König hat den Wunsch aus-gesprochen, daß die Armee dem General-Feldmarschall Grafen v. Molke in Berlin ein Denkmal errichte. Se. Majestät hat dazu den Platz zwischen der Molke- und Allee-strasse, vor der Ostfront des Generalstabsgebäudes zur Verfügung gestellt, von dem Bildhauer Professor Ubbes einen Entwurf fertigen lassen und mich beauftragt, die Verwirklichung des Plans in Anregung zu bringen.“

Die „National-Zeitung“ meint, das Verfahren des Chefs des Generalstabs sei ein äußerst überraschendes und be-dauerliches. Man habe bisher angenommen, der Kaiser wolle seinerseits das Denkmal ansühren lassen, zu welchem Professor Ubbes bereits den Auftrag erhalten habe. Sei dies nicht der Fall, so hätten die Kosten des Denkmals entweder vom Reichstag bewilligt oder von wirklich freiwilligen Spenden des ganzen Volks gedeckt werden müssen. Aus er-scheint der letztere Weg der einzig korrekte, denn falls man dem Reichstag die Kostendeckung hätte zumuten wollen, hätte man ihn nicht mit der vollendeten Thatsache kommen dürfen.

Entschädigung unschuldig Verhafteter. Aus Darmstadt wird berichtet: Der Gefängnis-Ausschuß der Zweiten Kammer hat den sozialdemokratischen Antrag auf Entschädigung un-schuldig Verhafteter sowohl bei Untersuchungs- als bei Strafhaft einstimmig angenommen. Die Regierung verheißt sich dagegen ablehnend, u. a. weil die Kompetenzfrage streitig sei.

Ausland.

England.

Das Hunnentum in Südafrika.

Die Engländer, denen es in Transvaal nicht so leicht fällt, wie den europäischen Kulturträgern in China, sich der Feinde zu be-mächtigen, rächen sich dort an dem Eigentum derselben: sie brennen die Höfe der Boeren in großer Zahl nieder. Diese Grausam-keit suchen sie damit zu rechtfertigen, daß sich in den Farmen be-waffnete Boeren anhielten; von hier aus wurden „Verrätereien“ ausgeübt, die Fortschritte der Eisenbahnen unternehmen usw.

Wie wenig die Niederbrennung der Farmen sich aus „militärischen Gesichtspunkten“ notwendig macht, geht aus einem Brief hervor, den gefangene Boerenoffiziere an den Gouverneur der Kap-kolonie Sir Milner gerichtet haben. Dieselben legen Protest ein gegen das Niederbrennen der Höfe. Man habe, so heißt es in dem Brief, sich nicht darauf beschränkt, das Eigentum der noch im Felde stehenden Boeren zu zerstören, sondern die englischen Soldaten haben auch die von gefangenen Boeren sowie solche von Wäffeln niedergebrannt. Die Frauen der gefangenen und getöteten Boeren haben niemals im Felde gefanden und gekämpft, man solle sie nicht dafür strafen, daß ihre Männer die Ehrenpflicht gegen das Vaterland erfüllten.

Frankreich.

Kolonialdebatte.

Paris, 30. November. Deputiertenkammer. In Verantwortung der Interpellation Vigne über das Drama von Ginder erklärt der Minister der Kolonien, Decrais, er habe eine umfassende Untersuchung über diese Angelegenheit angeordnet. Der Minister zählt sodann die von Zeugen des Dramas erhaltenen Mit-teilungen auf, welche sämtlich belastend für Coulet und Chanoine lauten. Diese hätten nach der Ermordung des Obersten Alobb sich in schändliche Verwünschungen gegen Frankreich selbst ausgelassen. (Bezeugung.) Er habe die betreffenden Schriftstücke nicht veröffentlicht, weil die gerichtliche Untersuchung eröffnet war. Er wolle indessen einen Auszug des Berichts des Hauptmanns Joullaud verlesen, nach welchem Coulet seinen Offizieren erklärt habe, daß er nichts bedauere und bereit sei, das Vorgefallene nochmals zu thun. Er hätte einen Staatsstreich begangen; wenn er in Paris wäre, würde er Herr von Frankreich sein. (Langandauernde Unter-brechungen.) Chanoine habe zu Coulet gesagt: „Ich gehe mit Dir durch Dür und Damm! Es lebe die Freiheit! Große Bewegung.“ Der Kolonialminister bespricht sodann gewisse von Vigne enthaltene Thatsachen und erklärt, wenn seine Amtsvorgänger sie gekannt hätten, würden sie dieselben nicht verheimlicht haben. Was den Etappen-

Handel betreffe, so habe er im Januar ein Rundschreiben erlassen, um diesem Handel endgültig ein Ende zu machen. (Beifall.) Redner nimmt hierauf Gallien gegen die Angriffe des Deputierten Wign in Schutz, welche sich auf die Anordnungen bezogen, die Gallien gegen die Eingeborenen auf Madagaskar erlassen hatte. Diese Verordnungen seien zudem nur vorübergehende und außerdem würden die Hochdienste mit dem 1. Januar aufhören. Der Minister lobt Gallien und seine Verwaltung sehr und betont, daß die einzigen Offiziere zum Vorwurf gemachten Vorkommnisse und Grausamkeiten rein auf Verleumdung beruhten. Redner giebt zu, daß von 150 Eingeborenen, welche im Gefängnis saßen, 23 erstickt seien. Der für dieses Vorkommnis verantwortliche Beamte, der sich der Fahrlässigkeit schuldig gemacht habe, sei der Staatsanwaltschaft übergeben worden. Der Minister schließt mit dem Hinweis, daß man den Eingeborenen gegenüber eine Politik der Gerechtigkeit und der Humanität befolgen müsse. (Beifall.)

Der Senat nahm am Freitag einen Antrag an, der dem Präsidenten Krüger in derselben Weise, wie es seitens der Kammer geschehen ist, die Sympathie des Hauses ausdrückt. Die Präsidenten der verschiedenen Gruppen des Senats begaben sich darauf zum Präsidenten Krüger, um ihm von dem Beschluß Mitteilung zu machen.

Belgien.

Zur Heeresreform. Brüssel, 30. November. Die Repräsentantenkammer lehnte mit 77 gegen 61 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen die Tagesordnung des liberalen Delvaux ab, welche besagt, daß die Unterdrückung des militärischen Stellvertreters die Vorbedingung für die Reorganisation der Armee sein müsse.

Afrika.

Eine schwere Schlappe haben die Engländer bei Dewetsdorp durch die Kolonne Dewets erlitten:

Eine Depesche Lord Roberts aus Johannesburg vom 28. November meldet über die Vorgänge bei Dewetsdorp folgende Einzelheiten: Die etwa 400 Mann starke Garnison von Dewetsdorp mit 2 Geschützen hat sich am 23. November den Boeren ergeben, nachdem sie 15 Tote und 42 Verwundete gehabt hatte. Die Boeren waren 2500 Mann stark. Die 1400 Mann starke englische Kolonne, welche Dewetsdorp zu Hilfe kommen sollte, ist nicht zur Zeit dort eingetroffen. General Knop rückte, nachdem er seine Truppen mit jener Kolonne vereinigt hatte, am 28. November in Dewetsdorp ein. Die Stadt war geräumt; nur 75 Verwundete und Kranke waren daselbst zurückgelassen. General Knop verfolgte die Boeren unter Steijn und Dewet und schlug dieselben gestern bei Baalbank. Die Boeren zogen sich gegen Westen und Südwesten zurück.

Die Schlappe wäre für die Engländer noch empfindlicher, wenn die Boeren nach Hummat die englischen Gefangenen über die Klänge springen lassen könnten, statt sie nach einiger Zeit wieder laufen zu lassen.

Ein späteres englisches Telegramm meldet, daß Oberst Knop die Boeren anscheinend in drei Teile zerlegt habe. Da jedoch weder die Gefangenen zurückgebracht noch die Gefangenen befreit wurden, dürfte die Niederlage Dewets kaum ernstlicher Natur sein. Dagegen gewinnen die Nachrichten, daß der Krieg von neuem mit ungedrohter Kraft der Boeren beginnt, durch die Meldungen der letzten Zeit eine große Wahrscheinlichkeit. Lord Ritchener, der mit dem 30. November den Oberbefehl an Lord Roberts Stelle übernimmt, wird vielleicht noch den schwierigeren Teil des Krieges zu Ende zu führen haben.

Lord Ritcheners Kriegsplan.

Der neue Oberkommandierende ist auch sofort mit einem feindlichen Plan zur Vernichtung der Boeren herausgerückt. Er will nach Telegrammen, die „Daily Mail“ veröffentlicht, die Infanterie an den Verkehrszentren und Verbindungslinien zurücklassen; sie soll vor allem die Eisenbahnen schützen. Die Reiterei soll die Boeren verfolgen. Alle Boeren, die sich erwischt lassen, auch die „Neutralen“, sollen nach der Küste geschickt und dort festgehalten werden, bis das Land vollständig ausgeräumt ist. — Der Plan ist ja ganz gut, aber nicht neu, Roberts wollte genau dasselbe, die Ausführung aber kann — selbst nach der Meinung englischer „Autoritäten“ — Monate, sogar Jahre dauern.

Partei-Nachrichten.

Das Vereinsgesetz von Schwarzburg-Sonderhausen hat eine Bestimmung, nach der Arbeitervereine und Verbindungen, welche politische, sozialistische oder kommunistische Zwecke verfolgen, als „ordnungswidrig“ verboten sind. Einige Parteigenossen des Fürstentums haben eine Eingabe an den jetzt tagenden Landtag gemacht, worin sie um Aufhebung dieser und der beiden letzten Bestimmungen klammern. Der Landtag hat die Eingabe seiner Kommission für Rechtspflege überwiegen. Wahrscheinlich wird er erst untersuchen lassen, ob es in Deutschland Sitzen giebt, die ohne ein solches Verbot existieren können.

Gemeindevahlen. In Mägeln bei Birna wurde in der ersten Klasse der Anwärterin ein Parteigenosse und in der Klasse der Mannschaften zwei Parteigenossen gewählt. Ein Verlust ist zu verzeichnen in Aichendach i. V., wo der zur Wahl stehende parteigenossliche Kandidat nicht wiedergewählt wurde. Es gehören dem Kollegium noch 3 Parteigenossen an. In Marienthal bei Mücheln wurde der sozialdemokratische Kandidat gewählt und ebenso waren die Parteigenossen hegretisch in drei Gemeinden in der Umgegend von Grimmitzhan, desgleichen in Muckau bei Leipzig.

In Solingen kommen unsere Kandidaten mit den höchsten Stimmzahlen in die Stichwahl. Während sie 1898 nur bis auf 146 Stimmen kamen, erreichten sie diesmal bis zu 556 Stimmen. Herr Schumacher, der gleichfalls kandidierte, brachte es auf 398 Stimmen, kommt aber nicht mit in die Stichwahl.

In den Frankfurter Gemeindevahlen. Die „Frankfurter Zeitung“ erwidert auf unsere letzte Notiz, daß wir den schweren Verlust der Frankfurter Sozialdemokratie gegen ihre eignen Grundzüge auf die leichte Achsel nehmen. Die Frankfurterin soll ganz beruhigt sein, wir nehmen unsere Parteigrundzüge immer so, wie unser Parteigenossen es uns vorschreibt, ohne Rücksicht auf den Erfolg oder das Mißfallen der „Frankfurter Zeitung“ und ihrer Parteifreunde. Wenn die „Frankf.“ die den Beruf führt, Parteigrundzüge zu wahren, so hat sie bei ihren Freunden überreichlich Gelegenheit dazu. Da meint sie freilich sofort, das wäre ein sehr bequemer Standpunkt. Mit dieser Wendung glaubt sie sich nämlich mit den beiden Ratschlägen abfinden zu können, die wir ihr gaben: daß sie zu sorgen, daß die Frankfurter Demokraten schweigen — um ihre Parteigrundzüge zu wahren — den Gemeindevahl-Gewinn herabsetzen und daß sie, um die Ehrlichkeit ihrer Versicherungen zu zeigen, bei der nächsten Wahl einige Sozialdemokraten auf ihre Liste nehmen.

Bequem? Nein, un bequem ist dieser unser Standpunkt — für die „Frankfurter Zeitung“. Un bequem ist es den demokratischen Großsprechern, wenn man sie daran mahnt, mit der Verwirklichung demokratischer Grundzüge ernst zu machen, wo sie die Macht dazu haben. Das ist ja bei den Herren Demokraten genau so wie bei ihren Verwandten den Freijüngern etc. Sie schwärmen überall für demokratische Grundzüge, für freies, allgemeines, gleiches Wahlrecht usw., wo sie wissen, daß es ihnen nichts schadet. Wo sie aber die Macht zur Verwirklichung derselben haben, wie das z. B. in vielen Gemeinden der Fall ist, da nehmen sie sie nicht einmal auf die leichte Achsel, sondern lassen sie ohne Bedenken im tiefsten dunkelsten Winkel liegen.

Das scheint übrigens der Frankfurterin sehr schon klar geworden zu sein, daß sie bei uns gar keine Gegenliebe findet; deshalb tröstet sie sich mit diesen Worten:

„Das „Centralorgan“ ist übrigens nicht die Parteileitung. (Sehr richtig!) Redaktion des „Vorwärts“.) Wie diese sich zu dem Frankfurter Falle stellen wird, bleibt abzuwarten.“

Da wünschen wir der „Frankfurter Zeitung“ nur, daß ihr beim Warten die Zeit nicht lang werden möge.

Totenliste der Partei. In Frankfurt a. M. starb der Parteigenosse Jakob Schmidt, der in den lebzig Jahren zu den rührigsten Agitatoren in Frankfurt gehörte und mehrmals zum Reichstag kandidierte. Als der Verlegungsstand über Frankfurt a. M. verhängt wurde, gehörte er mit zu den ersten, die ausgewiesen wurden. Auf Vermittlung seines Arbeitgebers wurde ihm nach 8 Monaten die Rückkehr wieder gestattet. Er hatte sich dann vom politischen Leben ferngehalten.

Zur Einigung der französischen Sozialdemokratie. In unseren Ausführungen über die Einigungsbestrebungen unter französischer Genossen hatten wir festgestellt, daß die beiden vordringenden Organisationsentwürfe in dem allerwesentlichsten Punkte, der Ausschaltung der Rationalisierungen, mit einander übereinstimmen. Auch die Organisation der Ortsgruppen und deren Vertretung in den weiteren Partei-Institutionen ist in beiden Projekten nach wesentlich denselben Gesichtspunkten geordnet.

Einige wichtige Abweichungen des von Guesde und Baillant ausgearbeiteten Entwurfs von dem des Generalkomitees (Jaurès) müssen wir indes der Vollständigkeit wegen doch noch nachtragen.

Während Jaurès die Gewerkschaften und die Genossenschaften — wie das in Frankreich bisher gewesen — auch ferner mit in die Partei-Organisation einzugreifen beabsichtigt, will Guesde diese ausgeschlossen wissen. Nur in Paris sollen die gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Gruppen mit herangezogen werden. Mehr oder weniger direkte Verbindungen will natürlich auch Guesde mit den wirtschaftlichen Vereinigungen aufrecht erhalten.

Ferner sieht der Entwurf Baillant-Guesde einen etwas abweichenden Wahlmodus für die Delegierten zum Generalkongress vor. Jaurès will die Delegierten nach der Zahl der bei der letzten Kammerwahl abgegebenen Stimmen und zweitens nach der Zahl der im Kreis bestehenden Gruppen bestimmt wissen; Guesdes Vorschlag stimmt im ersten Punkt mit dem Jaurès überein, sodann aber soll die Zahl der zahlenden Gruppenmitglieder entscheidend sein.

Schließlich weichen die beiden Entwürfe noch in Bezug auf die Zusammenfassung der Parteileitung von einander ab. Nach Jaurès soll das Generalkomitee direkt von den departementalen (provinzialen) Parteiverbänden gewählt werden, Guesde will es folgenbermaßen zusammengesetzt haben: 1. durch 11 vom Generalkongress gewählte Mitglieder, die dann das Exekutivkomitee, also die eigentliche ausführende Verwaltungsbehörde bilden sollen, 2. durch zwei Mitglieder der Kammerfraktion und 3. durch die Delegierten der regionalen Föderationen, welche je einen zu wählen haben.

Einige andre Abweichungen sind von geringem Belang; auch bezüglich der oben angeführten dürfte bei einigem Eingegenkommen von beiden Seiten eine Verständigung wohl möglich sein.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Grober Unfug. Ein Parteigenosse in Weissen erhielt folgende polizeiliche Strafverfügung:

„Laut Gendarmen-Anzeige sind Sie beschuldigt, am Sonntag den 4. November 1000 sozialdemokratische Schriften (Kalender für das werkschätige Volk Sachsen) ohne vorherige Bestellung in Krögis von Haus zu Haus verteilt, hierdurch aber groben Unfug verübt zu haben.“

Strafe 8 M. und Kosten oder 2 Tage Haft. Wir stellen die Frage, wodurch hier grober Unfug verübt worden ist. Beantworten mag sie jeder selbst.

Prozeß Sternberg.

25. Verhandlungstag.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Landgerichtsdirektor Müller überreicht die Verteidigung einen schriftlichen Antrag, der sich auf das Begehren des Angeklagten Luppia bezieht. Er geht u. a. dahin, Beweis darüber zu erheben, daß Luppia schon bei seiner Entfernung von Berlin am 17. November schwer erkrankt gewesen sei.

Rechtsanwalt Fuchs I verliest den Antrag, der sich auf den Angeklagten Luppia bezieht. Es wird beantragt, die Direktoren Popp und Hofmann darüber zu vernehmen, daß die Handhabung in dem aus London eingegangenen Brief hauptsächlich die des Herrn Luppia ist. Der Oberarzt des Hospitals in London soll darüber vernommen werden, daß nach dem körperlichen Zustand des Kranken dieser ein Erscheinen vor Gericht und eine Vernehmung vor Gericht nicht erzwungen sein wird. Der Gerichtsarzt Dr. Puppe soll darüber vernommen werden, daß er nach der Schilderung, die der Oberarzt in London über den Zustand des Herrn Luppia gegeben, die Ansicht desselben bekräftigen muß. — Vorherrschend: Wenn Herr Luppia den Mut und die Kraft habe, nach London zu gehen, so wird er auch die Kraft gehabt haben, vor Gericht zu erscheinen und mitzutheilen, daß er krank sei. Es ist für den

Gerichtshof fast kränkelnd.

daß die Verteidigung Anträge stellt, von denen sie sich sagen muß, daß fünf gelehrte Richter unmöglich darauf eingehen können, wenn sie sich nicht lächerlich machen wollen. — Rechtsanwalt Fuchs I: Die Verteidigung steht natürlich auf ganz anderem Standpunkt; sie stellt neue Anträge, die im Gesetz begründet sind und nach ihrer Ansicht unbedingt notwendig sind. — Staatsanwalt Braut erklärt, daß er auf seinem früheren Standpunkt verharre. — Vors.: Kann uns die Verteidigung vielleicht sagen, warum Herr Luppia gerade nach England gegangen ist, das nicht ausliefert und an dessen Küste die Margarete Fischer demnächst erwartet wird? — Rechtsanwalt Fuchs I kann darüber keine Auskunft erteilen. — Rechtsanwalt Dr. Wendel begründet die Verdrängung des Antrags auf Aussetzung der Verhandlung gegen Luppia. Als dieser weggegangen war, habe ja der Staatsanwalt zunächst selbst die Aussetzung der Verhandlung für richtig gehalten.

Der Gerichtshof lehnt nach kurzer Beratung den Antrag der Verteidigung ab unter folgender Begründung: Die Thatsache, die in dem ersten Teile des Antrags berührt wird, wird als wahr unterstellt. Im übrigen bleibt der Gerichtshof bei der Ablehnung des Antrags. Wenn zur Verteidigung desselben noch angeführt wird, daß die neuen Behauptungen bezüglich des Verhältnisses zwischen Thiel und Luppia die Anwesenheit des letzteren notwendig machen, so erkennt dies der Gerichtshof nicht an, da diese neuen Momente doch nur den Verdacht einer neuen Straftat — des Verbrechens der Beamten-Verletzung und der Verleitung zum Meineid — begründen würden.

Staatsanwalt Braut kommt auf den

Kritik der „Staatsbürger-Zeitung“

zurück. Für die Sache Sternberg sei nur die Person des Herr K. von Interesse, der im Bureau des Rechtsanwalts Dr. Werthauer gewesen ist. Herr K. habe sich freiwillig zur Verfügung gestellt, gleichzeitig habe die „Staatsbürger Zeitung“ seinen Namen genannt. Demgemäß beantrage er die Vorladung des Kaufmanns Hugo Wendel, Ullrichstraße 7, weil es für die Sache Sternberg doch wichtig sei zu erfahren oder widerlegt zu sehen, daß eine derartige Vereinstellung stattgefunden hat. — Die Verteidiger beantragen, nicht nur Herrn K., sondern auch Herrn Dr. Werthauer, Fel. Platho und eventuell Frau v. G. zu diesem Thema zu hören. — Der Gerichtshof behält sich die Beschlußfassung vor.

Frau Krüger vermietet an Mädchen und hat auch die Callis eine Zeit lang bei sich beherbergt. Diese habe ihr nie den Namen Sternberg genannt, sondern verschiedene Vermutungen gehabt, wer der Maler sei, der jede Woche einmal aus Frankfurt a. O. komme. Erst als die Zeitungsaufstellung über die Fischer erschienen und darin auch der Name des Herrn Sternberg genannt wurde, habe die Callis gesagt, daß sie nun auch wisse, wer der Maler sei.

Frau Stabs ist Obsthändlerin in der Friedrichstraße und kennt aus dieser Beschäftigung viele der hier in Frage kommenden Mädchen, welche die Friedrichstraße bevölkern. Auf Ersuchen des Herrn Wolf hat sie sich diesem gegen Entgelt zur Verfügung gestellt, um Mädchen, die dieser nicht kannte und die zur Sache wichtig waren, zu ermitteln. Sie hat täglich 2-3 M., im ganzen etwa 100 M. erhalten. Wie die Zeugin behauptet, habe die Callis ihr gesagt, sie habe sowohl in der Straßsacke gegen Frau Krüger, als auch gegen Herrn Sternberg die Unwahrheit gesagt, sie habe mit Herrn Sternberg nie etwas zu thun gehabt. Frau Stabs erklärt ferner, daß sie dem Mädchen gesagt habe, sie solle aus Gericht gehen und daß sie dem die Callis zu dem Direktor Schulze verweisen hat. Sie habe die Mädchen immer nur ermahnt, die Wahrheit zu sagen. — Vors.: Es ist merkwürdig, daß in diesem Prozeß jeder denkt, daß

alle hier die Unwahrheiten sagen.

Die Zeugen zur Wahrheit zu ermahnen, ist Sache des Gerichts. — Es kommt zwischen dieser Zeugin und der Zeugin Hausmann zu einer lebhaften Auseinandersetzung. Beide werfen sich gegenseitig Verleumdungen vor. — Angekl. Sternberg läßt sich von der Zeugin beschwören, daß sie die Zeuginen nicht dahin beeinflusst habe, die Unwahrheit zu sagen. — Der Gerichtshof läßt die Zeugin Stabs unbeeidigt.

Rechtsanwalt Fuchs I verliest hierauf den formulierten Antrag.

der darauf hinausgeht, über die in dem Artikel der „Staatsbürger-Zeitung“ berührten Vorgänge auch den Oberstaatsanwalt Dr. Fienbiel, den Rechtsanwalt Dr. Werthauer, Fel. Platho und Frau Gräfe zugehend zu vernehmen. Er begründet den Antrag dahin: Als gestern diese Angelegenheit verhandelt wurde, haben Dr. Fienbiel und Dr. Werthauer Erklärungen dahin abgegeben, daß die Behauptungen des Artikels vollständig aus der Luft gegriffen und Verleumdungen seien. Die Erklärungen des Herrn Dr. Fienbiel und des Herrn Dr. Werthauer müßten nach dem Gesetz für das Gericht völlig gleichbedeutend sein. Die Verteidigung hatte beantragt, noch eine Anzahl von Personen zu diesem Punkt zu laden, der Gerichtshof hat dies aber abgelehnt. Man mußte nun annehmen, daß diese Angelegenheit damit erledigt sein sollte. Jetzt wird nun ersaunlicherweise wieder auf die Sache zurückgekommen. Der Staatsanwalt will weiteren Beweis erheben, beschränkt denselben aber nur auf den Herrn Krndt, gegen den schon der Strafantrag wegen Verleumdung gestellt ist, nicht aber auch auf die Vernehmung der andern benannten Zeugen. In dieser Weise kann doch nicht zur Ermittlung der Wahrheit vorgegangen werden. Beinahe man sich nicht mit den Erklärungen und verlange der Staatsanwalt noch eine eidliche Aussage über die Vorgänge, so muß man doch alle beteiligten Personen verhören, dann müssen auch Herr Dr. Fienbiel und Herr Dr. Werthauer ihre Aussagen eidlich machen. Die Aufklärung müsse eine vollständige sein und könne nicht dadurch erreicht werden, daß man nur den hört, der die Sache in die Welt gesetzt hat.

Der Staatsanwalt behält sich vor, sich nach der Pause über den Antrag zu äußern.

Der Maler aus Frankfurt.

Unverehelichte Stein ist eine wegen Stuppel einmal vor längerer Zeit mit drei Wochen vorbestrafte Zimmervermieterin. Bei ihr hatte die Margarete Fischer in der Wilhelmstraße 17 ein Zimmer zu dem Zweck gemietet, daß ein Maler aus Frankfurt a. O. das Zimmer zweimal in der Woche zum Malen von Möbeln benutzen wolle. Sie will Mädchen nicht gesehen haben und gar nichts davon wissen, was in dem Zimmer passiert ist. Herrn Sternberg habe sie niemals dort gesehen. — Die Angeklagte Wendel, über ihre Kenntnis zur Sache befragt, behauptet, daß sie nur zweimal mit der Fischer in der Wilhelmstraße 17 gewesen ist und daß es sich bei diesem Punkt um den Fall Journagon handelte. — Angekl. Sternberg behauptet, daß er selbst zweimal mit der Journagon in der Wohnung der Stein zusammengetroffen sei. — Die Zeugin bleibt auf weiteres Befragen und weitere Vorhaltungen dabei, daß sie keine Beobachtungen über die Thätigkeit des Malers gemacht habe; Fel. Fischer habe gesagt, der Maler wolle nicht beobachtet sein. — Die Zeugin behauptet ferner: Herr Stierstädter habe ihr bei der ersten Verhandlung gesagt: „Sehen Sie zu, daß Sie keine Mädchen bekommen, die gegen Sternberg schlecht ausfallen können, es soll ihr Schade nicht sein.“ Zeuge Stierstädter bestreitet dies ganz entschieden, die Zeugin bleibt bei ihrer Behauptung und beruft sich auf die Krüger, der sie die Sache gleich erzählt hat. Herr Stierstädter erklärt die Behauptungen der Zeugin für unwahr.

„Seine Familie.“

Die Glaubwürdigkeit der Zeugin Stein wird durch eine große Reihe von Fragen geprüft, deren Beantwortung der Vorsitzende nur mühsam aus der Zeugin herauszuholen kann. Die Zeugin macht einen unsicheren und zögernden Eindruck, namentlich, als erörtert wird, aus welchem Grunde sie dazu gekommen ist, die angebliche Aeußerung des Stierstädter brieflich Herrn Justizrat Dr. Sello mitzutheilen. Sie behauptet zunächst, daß sie den Brief aus sich selbst heraus geschrieben hat, schließlich kommt heraus, daß ein Fel. Krönke ihr den Brief geschrieben hat. Der Vorsitzende stellt verschiedene Unrichtigkeiten und Unwahrheiten der Zeugin fest und wünscht von ihr zu wissen, ob sie aber wegen Stuppel schon vorbestraft sei. Sie verneint dies zunächst, auf allemöglichen Vorhalt muß sie aber zugeben, schon mit 4 Monaten Gefängnis „ganz unschuldig“ bestraft zu sein. Der Vorsitzende fragt auch Frau Krüger nach etwaigen Vorstrafen. Sie ist vor langen Jahren wegen Unterschlagung mit vier Monaten Gefängnis und ein Jahr Eheverlust vorbestraft. Auf Antrag des Rechtsanwalts Fuchs wird die gleiche Frage auch an Frau Hausmann und Fäulein Brauer gerichtet. Erstere erklärt sittenpolizeilich vorbestraft zu sein, außerdem einmal wegen Hausfriedensbruchs. Im letzteren Falle habe sie Verurteilung eingelegt, sie sei dann aber von hier weggegangen und habe die Strafe nicht verbüßt. Rechtsanwalt Fuchs beantragt Verlesung des Strafregisters. — Zeugin Brauer ist unbestraft.

Auf Befragen des Angeklagten Sternberg erklärt die Zeugin Stein, daß in dem von Fel. Fischer gemieteten Zimmer weder Harbopf noch Pinsel, noch Geseil war, daß Fel. Fischer nie seinen Namen und ihn namentlich nicht als den „Maler“ genannt habe. — Vors.: Es steht fest, daß Fel. Fischer das Zimmer für einen Maler aus Frankfurt a. O. gemietet hat; es steht fest, daß Sie in diesem Zimmer mit der Journagon verkehrt haben. — Angekl. Sternberg: Ja, zweimal, aber nicht als Maler!

Nach der Pause anhört sich Staatsanwalt Braut zu dem

Anträge der Verteidigung:

Es sei ja selbstverständlich, daß über alle Punkte der Behauptungen der „Staatsbürger-Zeitung“ bis in das kleinste Detail vollständige Aufklärung geschaffen werden wird. Für den Prozeß Sternberg komme aber doch nur ausschließlich die Thatsache in Betracht, ob es richtig oder nicht richtig ist, daß im Bureau des Rechtsanwalts Dr. Werthauer ein Herr Krndt erschienen sei und ihm solche Offerten gemacht worden seien, wie der Artikel behauptet. Es läßt sich nicht verkennen, daß das Interesse der Gleichmäßigkeit verlangt, nicht nur Herrn Krndt, sondern auch Dr. Werthauer zu vernehmen. Er schließt sich dem Antrage, diese beiden zu vernehmen, also an, alle übrigen im Antrage vorgeschlagenen Personen aber nicht vorzuladen.

Der Gerichtshof beschließt, zunächst die Herren Krndt und Dr. Werthauer morgen mittag zu vernehmen und sich die Beschlußfassung über die Vernehmung weiterer Personen vorzubehalten.

Redacteur Wettnauer,

früher Redacteur der „Morgenpost“, hat f. J. selbst die Artikel über „Verführte Mädchen“ geschrieben, die den Stein ins Rollen gebracht haben. Den Anlaß zu dem Artikel habe gegeben, daß die Mutter der Journagon in der Redaktion erschienen sei und gebeten habe, ihr zu ihrer Verführten Tochter zu verhelfen und daß fast zu gleicher Zeit ein Photograph über das Verschwinden seiner Schwester klagte. Der

Zeuge hat den Artikel auf Grund seiner eignen Recherchen geschrieben und sei auch bei Hrn. Fischer und Frau Stein gewesen. Die Fischer habe gesagt, daß bei ihr Modelle für einen Maler aus Frankfurt a. O. thätig sind. Auskunft über die Person des Malers habe sie verweigert, bei Stein habe er nichts ermittelt. Der Zeuge erklärt weiter, daß im Laufe der Zeit der Zeuge Stierstädter einmal auf der Redaktion gewesen sei, aber keine weiteren Mitteilungen gemacht habe. Bei einer solchen Begegnung habe man aus Stierstädter etwas heranzubolen gesucht, derselbe habe aber gesagt, man solle nur bei der Hausmann und bei Blümke recherchieren, da werde man alles erfahren, was nötig ist. Er habe dabei das Gefühl gehabt, daß der Rat zu diesen Recherchen gegeben wurde, um Vertuschungen der Freunde des Herrn Sternberg unmöglich zu machen. An dem Tag, als die Revision bei dem Reichsgericht durchging, habe Herr Stierstädter sich erkundigt, ob schon Nachricht aus Leipzig eingegangen sei. Er habe sich geäußert, daß inzwischen noch neues Belastungsmaterial zusammengekommen sei, und daß er hoffe, daß auch das zweite Mal das Urteil nicht anders ausfallen werde. Auf Befragen der Verteidigung bestätigte der Zeuge, daß aus den Äußerungen des Zeugen Stierstädter ein nicht zu leugnender Sachverhalt hervorgeht, wie ja manchmal Leute geringerer Bildung Verurteilungen zu ihrer eignen machen. — Eine längere Beweisaufnahme erhebt sich über die Behauptung der Verteidiger, daß Herr Stierstädter in einem gegebenen Moment der Frau Hausmann geraten habe, sich bei der Frau Blümke ein Kleid machen zu lassen. — Auf Befragen des Angell. Sternberg erklärt der Zeuge, nicht zu wissen, ob Herr Stierstädter in der Lage gewesen wäre, einen Dritten — Herrn Blümke — eine Ausstellung in der „Morgenpost“ zu beschaffen. Angellagerter Sternberg wünscht zu wissen, ob seitens der „Morgenpost“ an Zeugen, mit denen er in der Anklage zusammengedrückt wurde, Vergütungen, Belohnungen für Reuigkeiten zc. gezahlt sind. Der Zeuge kann darin bestimmte Aussagen nicht machen und glaubt nur zu wissen, daß eine Kasse für die Journale 50 M. und der Sohn der Zeugin Schindler eine Vergütung erhalten hat.

Die nächste Zeugin unberechnete Schönherr, 19 Jahre alt, ist mit Herrn Sternberg einmal zu einer intimen Begegnung zusammengetroffen und hat ihn öfter um eine Unterstützung ersucht. Die Zeugin ist auch mit der Callis zusammengetroffen. Sie behauptet, daß die Callis eines Tags in der Konditorei in der Nähe des Gerichts geäußert habe: „Ob es Sternberg gewesen ist oder es nicht gewesen ist, der

Judenbengel muß ins Zuchthaus.“

Die Zeugin befindet sich ihrerseits die Scene in der Konditorei, die die Frau Hausmann früher auch besuchte hat. Ein Mann habe die Hausmann aus der Konditorei herausgerufen und als sie wieder zurückkehrte, habe sie gesagt: ihr seien 20 000 M. geboten, wenn sie Thiel nicht verrate und man habe ihr gesagt, sie solle 500 M. Reisekosten erhalten, um nach Holland zu gehen. — Angell. Sternberg läßt sich von der Zeugin bestätigen, daß sie in Gemeinschaft mit einem andern Mädchen an ihn einen mit „Frieda und Clara“ unterzeichneten Brief geschrieben und ihn gebeten habe, nach der Wohnung der Frau Oberförster W. zu kommen, wo zwei Mädchen, die in Rot seien, mit ihm sprechen möchten. Der Angeklagte läßt sich ferner von der Zeugin bestätigen, daß er bei seiner Ankunft sehr ärgerlich gewesen sei, weil er die Benutzung seines Namens zu solcher Korrespondenz nicht haben wollte. Im Laufe des Gesprächs sei dann der Verkehr mit den beiden Mädchen freundlicher geworden. Die Einzelheiten dieser Begegnung entziehen sich der Mitteilung. Diese Begegnung hat in dem Zimmer der nächsten Zeugin, unberechneten Frinks, stattgefunden, die seiner Zeit vor drei Jahren wegen dieses Vorfalls zu sechs Wochen Gefängnis wegen Kuppelrei verurteilt worden ist. Die Zeugin Frinks erklärt, daß sie seit langen Jahren Herrn Sternberg kenne, dieser aber — soweit sie sich entsinnen könne — nie mit ihr unzüchtigen Verkehr gehabt habe. Er habe ihr wiederholt Wohlthaten erwiesen, wenn sie sich in Rot befand und sie ihn darum ersuchte. Er habe dafür nie etwas Unanständiges von ihr verlangt.

Es ergibt sich aus weiteren Befragungen der Schönherr, daß die ganze Idee dieser Begegnung von der Zeugin Frinks, die sich damals in Rot befand, ausgegangen zu sein scheint. Die Zeugin Frinks behauptet, daß sie ihre Verurteilung dem Kommissar Thiel einzig und allein zu verdanken habe, der seiner Zeit die ersten Ermittlungen angestellt habe.

Die Sitzung wird hierauf auf Sonnabend 9½ Uhr vertagt.

Bewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Ausbruch der Leichen- und Chaisen-Ausscher ist beendet. Erreicht wurde allgemein eine Lohnzulage von 10—15 M. pro Monat und teilweise eine Aufbesserung der Fahrgehalte. Die Geschäftslieferer der Firma Thien, etwa 40 an der Zahl, sind ausgesperrt worden. Die Firma Thien hat hauptsächlich aus dem Grunde den Geschäftslieferern nichts bewilligt, weil die Firmen Rud. Herzog und Herm. Gerson bereitwillig ihre Hausdiener als Arbeitswillige zur Verfügung gestellt hätten. Die Geschäftslieferer erhielten bei 15 bis 18 stündiger Arbeitszeit 70 Mark Monatslohn. Den übrigen Ausscher hatte auch die Firma Thien eine Zulage von 10 M. gewährt. Mit dem Verhalten der Hausdiener obiger Firmen wird sich eine Versammlung des Centralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, welche am Donnerstag nächster Woche stattfindet, noch näher beschäftigen. Die Aussperrten werden seitens der Organisation unterstützt.

Deutsches Reich.

Ein Streik der Dresdener Droschkenfahrer steht für heut bevor, wenn nicht noch in letzter Stunde die Ursache des Konflikts, die neue Polizeiverordnung, aufgehoben wird. Diese Polizeiverordnung enthält eine ganze Reihe recht unverständlicher Vorschriften, die sowohl die Fahrer als auch die Besitzer hart treffen. Vor allem wenden sich die Fahrer gegen die Bestimmung, daß das Fuhrwerk täglich 17 Stunden ununterbrochen in Betrieb sein muß. Eine so hohe Anforderung an die Dienstleistung können besonders die älteren in diesem Betrieb thätigen Leute nicht aushalten, ganz davon abgesehen, daß sie überhaupt eine unbillige Zumutung für jeden Droschkenfahrer ist.

Es zeigt sich denn auch in dieser Abwehr einer bevorstehenden Maßnahme ein vollkommenes Einverständnis zwischen den Angestellten und den Fuhrherren. Beide sind gewillt, zum Streik zu greifen, und ist beschlossen, mit dem Inkrafttreten der Verordnung am 1. Dezember nachts 12 Uhr den Ausbruch zu beginnen. Um diese Zeit sollen alle Droschken ihre Standplätze verlassen. Obwohl gegen die neue Polizeiverordnung, die ganz ohne Berücksichtigung der sachmässigen Einwendungen aus Interessentenkreisen erlassen ist, schon lange eine lebhafteste Agitation betrieben wurde, blieb die Polizeibehörde starr auf ihrem Standpunkte. Ehe es noch zu dem Ausbruch des Konflikts kam, ist eine Deputation beim preussischen Handelsministerium vorstellig geworden, um den letzten möglichen Weg einer Verständigung der Konflikt nicht unbenutzt zu lassen. Im Ministerium ist den Beschwerdeführern eine Prüfung der Angelegenheit versprochen worden und soll eventuell vorläufig das Inkrafttreten der Verordnung hinausgesetzt werden. Von dieser Entscheidung hängt der Beginn des Streiks ab.

Für das Arbeiterssekretariat Bremen wurde der Lithograph Müller aus Bochum mit großer Mehrheit als zweiter Sekretär gewählt.

Die sächsische Eisenbahnverwaltung gegen den „Wedrus“. Das Verbandsorgan des deutschen Eisenbahner-Verbands hat in letzter Zeit wiederholt auf die Betriebsunfähigkeit im sächsischen Eisenbahnbetrieb hingewiesen und gegen die lange Dienstzeit und schlechte Behandlung der Untergebenen seitens einiger Vorgesetzten scharf Stellung genommen. Die sächsische Verwaltung hat in allen Fällen eine peinliche Untersuchung veranstaltet und — das sei anerkannt — zum Teil auch Abhilfe geschaffen. Trotzdem die Verwal-

tung damit die Verächtlichung der vorgebrachten Klagen zugeht, will sie dennoch die Urheber derselben bestrafen. Am Donnerstag wurde in Dresden folgender Dienstbefehl angehängt:

„In den letzten Wochen ist mehrfach versucht worden, den „Wedrus“ der Eisenbahner, Organ des Verbands der Eisenbahner Deutschlands, unter dem Eisenbahn-Personal zu verbreiten. Exemplare dieses sozialdemokratischen Organs sind auf einzelnen Linien aus den Zügen auf die Strecke geworfen und auf verschiedenen Stationen in Lokalen, in denen Beamte und Arbeiter verkehren, niedergelegt worden. Im Anschluß an frühere Warnungen weist die königl. Generaldirektion darauf hin, daß Beamte und Arbeiter, welche den „Wedrus“ halten oder ihn verbreiten, ebenso die Entferrnung aus dem Staatsbahndienst unabweislich und sofort zu gewärtigen haben, wie diejenigen, welche sich dem Verband der Eisenbahner anschließen. Nach Befinden wird sich diejenigen Beamten und Arbeiter die gleiche Strafe treffen, welche es unterlassen, über die von anderer Seite erfolgte Verbreitung des „Wedrus“ an die vorgelegte Stelle Anzeige zu erstatten.“

Das ist alter Krost in neue Schläuche. Der „Wedrus“ ist ein von allen unteren Eisenbahner gern gelesener Gast, um den sich dieselben, sobald irgendwo etliche Exemplare gefunden werden, förmlich zerreissen. Durch dieses Blatt haben die wechsellösenden Arbeiter eine Möglichkeit, ihre Klagen zum Ausdruck zu bringen. Den Dienstweg waagt keiner zu beschreiten, und thut er es doch, so ist es vergeblich. Es ist schon soweit gekommen, daß einsichtige Vorgesetzte ihren Untergebenen auf Geschwören antworten: „Setzt es doch in den „Wedrus“, da wirds gleich geändert!“

Darum ist der neue Ertrag weiter nichts als ein Schlag ins Wasser. Die sächsischen Eisenbahner werden sich auch damit abzufinden wissen, helfen doch die Betriebseinrichtungen selbst, den „Wedrus“ unbemerkt in kurzer Zeit nach allen Himmelsgegenden zu verteilen.

Durch diese Drohung erreicht die Verwaltung ebensowenig etwas, als wie durch einen kürzlich von einer untergeordneten Dienststelle gemachten Versuch, durch eine ausgelegte Belohnung von 100 M. die Korrespondenten des „Wedrus“ zu ermitteln. Es wollte sich niemand die 100 Silberlinge verdienen. Sollte dies die Verwaltung nicht befehlen?

Sociales.

Blanmontag. Das altertümliche Gesetz gegen das „Blau-machen“, das in Bayern noch in lebendiger Wirksamkeit ist, hat wieder einige Opfer gefordert. In einer oberfränkischen Draht-fabrik ließ sich ein Arbeiter an einem Montag Bier holen, weil kein gemächbares Wasser vorhanden ist. Darüber geriet er mit dem Unternehmer in Streit und im Verlauf des Streits schickte dieser den Arbeiter für den Tag nach Hause, um ihn hinterher wegen Blau-machens anzugehen. Dafür wurden dem Arbeiter durch Straf-befehl 3 Tage Haft zubilliert und sein Einspruch dagegen vom Schöffengericht abgewiesen.

In zweiter Halle wurde ein Zimmergeselle in Wunsiedel sogar zu 8 Tagen Haft verurteilt, weil er am Montag blaugemacht hatte. Wenn man diese Belegsammlung nicht einfach in den Archiven schlummern lassen kann, dann ist es nötig, sie schleunigst in aller Form zu verbrennen. Man braucht kein Freund des sogenannten Blau-machens zu sein, aber darin eine strafrechtlich zu ahndende Handlung zu sehen, entspricht nicht mehr den heutigen Auffassungen über den gewerblichen Arbeitsvertrag.

Schulreform. Der Centralausschuß der hamburgischen Bürgervereine hat eine Kommission eingesetzt zur Vorbereitung eines neuen Unterrichtsgesetzes, die jetzt ihren Bericht erstattet. Die Mehrheit der Kommission macht folgende beachtenswerte Vorschläge:

Die Staatsschulen umfassen — für jedes der beiden Geschlechter getrennt — fünfstufige Volksschulen ohne fremde Sprachen, dreistufige Ergänzungsschulen, vierstufige Realschulen, dreistufige Ober-Realschulen und siebenstufige Realgymnasien und Gymnasien.

Die Volksschule bildet den gemeinsamen Unterbau der übrigen Schulen. Die Schüler, welche die Volksschule absolviert haben, treten in die Ergänzungsschule über oder können sich einer Reifeprüfung unterziehen. Das Reifezeugnis einer Volksschule berechtigt zum Eintritt in die Realschule, ins Realgymnasium und Gymnasium. Zum Eintritt in die Ober-Realschule berechtigt das Reifezeugnis einer Realschule.

Schulgeld wird in den öffentlichen Schulen nicht erhoben, Lehr- und Lernmittel werden unentgeltlich geliefert.

Bom Staat ist eine hinreichende Anzahl von Fortbildungsschulen einzurichten und zu unterhalten.

Zum Besuch der Fortbildungsschule sind alle Jünglinge und Mädchen bis zum vollendeten 17. Lebensjahr (bzw. bis zum darauf folgenden Entlassungstermin) verpflichtet, sofern sie nicht Fachschulen besuchen oder anderweitig Unterricht erhalten, der von der Ober-schulbehörde als ausreichender Ertrag des Fortbildungsschulunterrichts angesehen wird.

Die Ober-schulbehörde besteht aus drei Mitgliedern des Senats, elf von der Bürger-schaft gewählten Mitgliedern, von denen eines Arzt sein muß, und drei je aus der Zahl der Lehrer an Gymnasien, Realgymnasien, Ober-realschulen und Realschulen, an Volksschulen und an Privatschulen erwählten Abgeordneten der Schulynode.

Veranstaltungen.

Die Musikinstrumenten-Arbeiter hielten am Montag eine öffentliche Versammlung ab, die gemeinsam vom Radverein und vom Holzarbeiter-Verband einberufen und ungewöhnlich stark besucht war. Sie trafen sich in der Saal, in dem die Versammlung tagte, war bis auf den letzten Platz dicht gefüllt. Die Redner beleuchteten die derzeitige Lage in der Klavierindustrie und bezeichneten dieselbe als eine für die Arbeiter recht ungünstige. Besonders wurde die Abnahme der industriellen Entwicklung nach der Richtung der Ausbeutung der Arbeitskräfte hervorgehoben, daß in der Fabrik von Reumeyer die Frauarbeit eingeführt ist, und daß dieselbe bereits 75 Arbeiterinnen beschäftigt sind. Wenn dies auch erst ein Anfang mit der Frauarbeit in der Klavierbranche sei, so werde sich dieselbe mit der Zeit, besonders in der Zusammengehörigkeit, mehr und mehr einbürgern. Gegen die Frauarbeit anzukämpfen sei verfehlt und nutzlos. Man müsse vielmehr darauf sehen, daß die Frauen nicht unter ungünstigeren Bedingungen arbeiten, wie die Männer und gemeinsam mit ihnen für Verbesserung der Arbeitsbedingungen kämpfen. Die Versammlung nahm eine von Kleins ein eingebrachte Resolution einstimmig an. In derselben wird gesagt, daß der Streik resp. der Rückgang in der Klavierindustrie zum Teil zurückzuführen ist auf die Schädigung des Exports infolge des Vorentritts und der chinesischen Wirren, und daß das Beharren der deutschen Diplomatie in der chinesischen Angelegenheit eine schwere Schädigung der Interessen der Klavierarbeiter bedeute. Weiter heißt es, einen Versuch zur Verschlechterung ihrer Lage erblicken die Arbeiter in der Beschäftigung von Frauen in der Reumeyer'schen Fabrik; sie erkennen die Arbeiterinnen aber als gleichberechtigte Kolleginnen an und erwarten, daß dieselben die feineren Arbeitsbedingungen hochhalten und einer bestehenden Frauenorganisation beitreten.

Der Centralverband der Maurer (Zahlstelle 2, Berlin N) hielt am Donnerstag eine Versammlung ab, in der Paul Winter über die Entwicklung der Organisation referierte. Unter Berücksichtigung des wies Hanke dann noch auf die Bedeutung der Bezirks-versammlungen hin.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 2. Dezember, vormittags 8½ Uhr, in der Aula der 68. Gemeindefschule, Kleine Franz-luisenstr. 6: Versammlung. Freireligiöse Versammlung. — Um 10½ Uhr vormittags ebendasselbe: Vortrag des Herrn Wilhelm Böhmke: Die Freiheit der Fortschritt. I. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

In der Humanistischen Gemeinde, Mohrenstr. 47, im oberen Saale des Brandenburger Hotels, hält am Sonntag, vormittags 10½ Uhr, Herr Dr. Rudolph Benzig den nächsten Vortrag seines Vortragszyklus: „Der Weg zum Glück. Das Glück im Jenseits oder auf Erden.“ Damen und Herren haben freien Zutritt.

Berein der Buchdrucker und Schriftsetzer für Rixdorf. Preis. Sonntag, den 2. Dezember, nachm. 1 Uhr, Vereinsversammlung im Apollo-Theater, Hermannstraße 48—50 (Kleiner Saal). Tagesordnung: Geschäftsliche. Votumfrage. Remuneration. Abrechnung vom Sitzungsjahr. Aufnahme neuer Mitglieder. — Die Versammlung findet um 1 Uhr statt, nicht — wie in den „Mitteilungen“ steht — um 4 Uhr.

Centralverband der Handlungs-Gehilfen und -Geheiligen Deutschlands. Sonnabend, den 1. Dezember, abends 9 Uhr, öffentliche Versammlung in den Arminkassen, Kommandantenstr. 20. Tagesordnung: 1. Vortrag: Was der Geschichte der Kämpfer-Labenschlußbewegung. 2. Diskussion. 3. Beschlußnahme.

Essentielle Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann. Berlin, Alexanderstr. 26, Gartenhaus. Geöffnet wöchentlich von 5½—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—11 und 3—6 Uhr. Reichhaltige Bibliothek und nahezu 400 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung.

China.

Russlands Ablehnung der Chinasforderungen.

Der russische Gesandte v. Giers soll nunmehr definitiv seine Zustimmung zu dem Entwurf der an China zu stellenden Forderungen zurückgezogen haben und sich weigern, die Präliminarien zu unterzeichnen, wenn die Bestimmung wegen der Verhaftung der Schuldigen und wegen der Entschädigung nicht zurückgezogen werde. Damit wäre das Fiasco der Abhandlung des Grafen Witlow definitiv entschieden. Einer Politik des sinnlosen Draufgängertums, in die Graf Witlow sich nur unter Mißachtung aller Warnungszeichen hineinstürzen konnte. Denn schon bevor der vorberüberhaufte Westfeldmarschall Waldersee seinen Fuß auf chinesischen Boden gesetzt hatte, stieß Russland schon vernehmliche Drohungen aus, sich von den übrigen Mächten bei allzu hartem Vorgehen gegen China loszulösen. Nach der diplomatischen Legende freilich wäre Deutschlands Oberleitung in der Chinapolitik auf eine russische Anregung zurückzuführen. Wäre das wirklich der Fall, so wäre Russland so boshaft gewesen, Deutschland mitten in die Wirren hinein zu stürzen, um es nachher schmählich im Stich zu lassen.

Die Friedensbedingungen werden nunmehr derart formuliert werden müssen, daß sie für China acceptabel sind. Denn daß Deutschland so thöricht sein könnte, trotz der feindlichen Passivität von Russland, Amerika und Japan den Krieg ins Unabsehbare fortzuführen, ist trotz Englands Heyen nicht gut anzunehmen.

Die Friedensverhandlungen werden sich aller Wahrscheinlichkeit nach auch sehr in die Länge ziehen. Ein von einem Berichterstatter Berliner Blätter

Interview eines chinesischen Diplomaten

äußerte wenigstens diese Ansicht. Von einer Hinrichtung der Haupt-täterschüler könne keine Rede sein, da Prinz Tuan und General Tungshiang gegenwärtig noch immer die eigentlichen Machthaber seien. Beide hielten die Kaiserin und den Kaiser förmlich in Gefangenenschaft. Eine Auslieferung des Hofes sei unmöglich, eine englische fable convenus, an der nichts Wahres sei. Li-Hung-Tschang und Prinz Tsching hätten ihren Einfluß eingebüßt, da es ihnen nicht gelungen sei, die Mächte den Absichten und Plänen des Hofes geneigt zu machen. Selbst unter den günstigsten Umständen dürfe vor dem kommenden Frühjahr auf eine Beilegung der „Wirren“ nicht zu rechnen sein.

Chinesische Truppenbewegungen.

Nach einer Londoner Depesche wird gemeldet, daß der Gouverneur von Schensi, Tien, den Bickkönig in Hankau aufforderte, unverzüglich acht Schnellenergeschütze zu liefern. Der Bickkönig gab Befehl, dieselben nach Schensi zu schaffen. Ein fremder Konsul in Hankau erhielt die Nachricht, daß 10 000 Mann von den Truppen Tungshiangs in die Provinz Kansu eingerückt sind, um sich mit Tuan zur Rebellion gegen den Kaiser zu vereinigen.

Befragungen wegen Pekings.

Das „Reiterische Bureau“ läßt sich aus Peking telegraphieren: Die provisorische Regierung hat eine Kundgebung erlassen, in welcher das Verbergen von Waffen in der Stadt und in den Vorstädten bei Todesstrafe verboten wird. Es wird für die Auslieferung der Waffen eine Frist von fünf Tagen gesetzt. Diese Vorsichtsmaßregel ist sehr notwendig, da eine große Menge Waffen gefunden worden sind und zahlreiche Wogen sich in der Stadt verborgen aufhalten.

Diese wie auch die letzte Meldung stammen aus englischer, also nicht ganz lauterer Quelle.

Oberst York gestorben.

Oberst York, der Führer der Kalagan-Expedition, ist den Folgen der Cholera-epidemie in Hwalai erlegen. Waldersee wird selbst die Durchführung der Expedition übernehmen.

Die von den Russen beschlagnahmte Eisenbahn

Chanhaiwan-Kienstin soll nach Meldungen aus Peking an die Deutschen ausgeliefert werden, die sie wiederum den Engländern, von denen sie gekauft worden ist, zur Verfügung stellen werden. Damit wäre dieser Stein des Anstoßes, der die englische Presse in so große Aufregung versetzt hatte, aus dem Wege geräumt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Reichstags-Wahl in Meserich-Donst.

Meserich, 30. November. (W. T. V.) Nach dem bisherigen Wahlergebnis erhielt bei der gestrigen Reichstags-Wahl im Wahlkreis Meserich-Donst v. Gersdorff (L) 608, v. Czernawski (Pol) 826 Stimmen. Es fehlt noch das Ergebnis aus vier kleinen Bezirken.

Neuer Handelshafen bei Kiel.

Kiel, 30. November. (W. T. V.) Die Stadtvertretung hat heute Abend einstimmig beschlossen, abgesehen von dem Ausbau des inneren Hafens, schleunigst Schritte zur Anlage eines Handelshafens in der Bieker Bucht zu thun.

Ein Minister als Majestätsbeleidiger.

Bielitz, 30. November. (W. T. V.) Die oberste Gerichtsinstanz bestätigte den Beschluß der Präfectur, durch welchen der ehemalige Minister Gentschitsch wegen Majestätsbeleidigung unter Anklage gestellt wird.

Düsseldorf, 30. November. (W. T. V.) Das Schwurgericht des hiesigen Landgerichts verhandelte heute gegen den Polizeiergenten Schman, welcher angeklagt war, gelegentlich einer Verhaftung in der Nacht zum 23. Juli d. J. den Eisenbrecher Terpesten mit dem Säbel einen Stich in die Lunge verletzt zu haben, an dessen Folgen Terpesten gestorben ist. Schman wurde wegen widerrechtlicher Verhaftung und vorsätzlicher Mißhandlung unter Zuhilfenahme mildernder Umstände, sowie wegen fahrlässiger Tötung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Leipzig, 30. November. (W. T. V.) Heute Nachmittag raubte auf der hiesigen Reichsbank ein aus Magdeburg zugereister Schneider einem neunzehnjährigen Handlungscommis 600 Mark, ergriff die Flucht, wurde aber, da er stürzte, erwischt und verhaftet.

Wien, 30. November. (W. T. V.) Heute Nachmittag stießen zwischen Kofflone und Coada zwei Güterzüge zusammen. Sechs Personen erlitten Verletzungen. Der Materialschaden ist beträchtlich, der Verkehr auf die Linie unterbrochen.

San Francisco, 30. November. (W. T. V.) Bei dem Unglück, welches sich gestern bei dem Fußball-Weitsprung durch Einbrechen eines Glasdachs ereignete, sind vierzehn Personen ums Leben gekommen.

Reichstag.

11. Sitzung. Freitag, den 30. November 1900, 1 Uhr.

Vom Bundesratspräsidenten: Graf Posadowsky, Reich v. Thielmann, Dr. Koch.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Beratung der Denkschrift über die Ausführung der seit 1875 erlassenen Anleihegesetz.

Abg. Fröhen (C.):

Ich möchte an den Herrn Staatssekretär des Reichsschatzamtis die Frage richten, welche Gründe dafür maßgebend waren, daß bei den neuesten 80-Millionen-Anleihe 4prozentige Schatzanweisungen nach Amerika gegeben wurden. Das nicht schwach entwickelte Selbstgefühl der Amerikaner ist dadurch ganz erheblich gesteigert worden und es liegt doch die Frage nahe, ob nicht ebenso gut in Deutschland diese Anleihe hätte zur Zeichnung vorgelegt werden können. Ich glaube unter denselben Bedingungen wie dies in Amerika geschehen ist, hätte dies auch in Deutschland sehr gut erfolgen können. Jetzt müssen wir 3 Millionen jährlich Zinsen nach Amerika schicken und in 4 Jahren die ganze Summe zurückgezahlt haben. Ferner möchte ich darauf aufmerksam machen, daß wir im Lauf der letzten Jahre 3prozentige Anleihen emittiert haben. Daher war es interessant zu erfahren, ob die verschiedenen Regierungen beabsichtigen, dauernd wieder zum 4prozentigen Typ zurückzukehren. Endlich lobt sich wohl auch die Frage einer weiteren Erhöhung, ob man nicht zu verlässlichen Anleihen übergehen soll. Dies gestattet erstens, einen höheren Kurs zu erzielen, und die Staatsschuldentilgung wird dadurch obligatorisch gemacht. Diese Frage interessiert auch weitere Vorkreife. Erst vor kurzem hat die „Nürnberger Zeitung“ dargelegt, daß es sich sehr empfehlen würde, dreiprozentige Staatsanleihen als verlässliche Anleihen herauszugeben.

Reichsschatzsekretär v. Thielmann:

Ich möchte die Fragen des Herrn Vorredners in umgekehrter Reihenfolge beantworten. Ich glaube nicht, daß das Publikum tilgbare Obligationen, deren Tilgung schließlich erst nach einem Menschenalter würde hervortreten können, an der Börse erheblich bewerten würde als die Konsols. So lange sich die Verhältnisse also nicht verschieben, bin ich dafür, es bei den Konsols zu belassen. Dazu bestimmt mich auch der Umstand, daß wir infolge des Stottengesetzes noch für mindestens ein Jahrzehnt sehr erhebliche Anleihen aufnehmen müssen; und ich weiß nicht, ob es nützlich sein wird, mit der einen Hand das Geld vom Publikum zu nehmen, um ein Stück dieses Geldes durch amortisierbare Obligationen dem Publikum wieder herauszugeben. Außerdem könnte diese Frage nur geregelt werden, bei einer Finanzreform, vor der wir heute noch nicht stehen, wenn ich auch ihre Durchführung für sehr wünschenswert halte. Was die Frage des 4- oder 3prozentigen Typus anlangt, so kann ich erklären, daß ein Beschluß darüber an den maßgebenden Stellen noch nicht gefaßt ist. Ich persönlich würde es nicht für richtig halten, jetzt zum 4prozentigen Typus zurückzukehren. Denn wenn auch gegenwärtig die Industrie erheblich minder gut situiert ist als vor einem Jahr, so ist es doch möglich, daß der Tiefstand, der sich jetzt anmeldet, in nicht allzulanger Zeit überwunden ist. Endlich zu der Kernfrage: Beschalt wurde die 4prozentige Schatzanweisung der 80 Millionen-Anleihe nach Amerika gegeben? Das kurz zu sagen ist kaum möglich. Ich denke im Laufe der Diskussion die vielen Gründe, die dazu bestimmten, nach einander vorzuführen. Jetzt will ich mich auf den Hauptgrund beschränken.

Im vorigen Winter hatten wir während einer Periode von etwa 80 Tagen einen Diskont von 6 Proz. und später während einer Periode von drei Wochen einen solchen von 7 Proz. In diesem Hause wurde der hohe Stand des Diskonts gerügt und die Regierung wurde auf das dringendste angefordert, ihrerseits alles zu thun, was die Wiederholung ähnlicher hoher Diskonts vermeiden würde. Das war für mich der Hauptbeweggrund, mit den 80 Millionen nach Amerika zu gehen. Wir hätten, wenn wir die 80 Millionen in Deutschland begeben hätten, zu befürchten gehabt, daß eine bedeutende Erhöhung des Diskonts einleiten würde und es war daher dringend geraten, das Ausland heranzuziehen. Wir brauchten das Gold von Amerika nicht direkt hierher zu bringen, sondern erreichten denselben Zweck, wenn wir es durch Wechsel über London bezogen. Das war uns gerade an Amerika wandern, lag an folgendem. Es ist in keinem Lande der Welt gegenwärtig der Geldstand so gut wie in den Vereinigten Staaten. Das liegt erstens daran, daß in Amerika die Knospe in den letzten Jahren einen kolossalen Aufschwung genommen hat, während die Einfuhr aus andern Ländern dem nicht entsprach. Ein zweiter Grund, auf den der Geldüberfluß in diesem Lande zurückzuführen ist, ist, daß durch das Gesetz vom 14. März des Jahres, durch welches die Goldwährung in den Vereinigten Staaten gesetzlich festgelegt wurde, den Nationalbanken gestattet wurde, Banknoten zum vollen Kurs in Verkehr zu setzen, was einem Gewinn von 80 Millionen Dollar gleichkommt. Wir hätten, wie auch der Herr Abg. Fröhen schon vorhin sagte, die 80 Millionen auch in Deutschland aufbringen können. Aber davon hielt uns der Gedanke ab: Wenn wir große Ansprüche an die Kapitalbanken stellen in einem Augenblick, wo so viele Anleihen schon im Gange sind, so entziehen wir unseren Markt so sehr von Geld, daß gegen Schluß des Jahres ein Springen des Diskonts von 5 Proz. auf 6 Proz. oder noch höher nicht zu vermeiden ist. In diesem Dilemma hielten wir es für besser, die Anleihe im Ausland aufzunehmen. Wenn wir es fertig bringen, daß wir den Dezember über mit einem Diskont von 5 Proz. aushalten, so haben wir das zum Teil mit dem Umstand zu verdanken, daß wir die Anleihe in Amerika aufgenommen haben.

Abg. Kautz (L.):

Durchaus befriedigt bin ich von der Erklärung des Herrn Reichsschatzsekretärs, daß nicht daran gedacht wird, von den dreiprozentigen Konsols abzugehen. Dagegen haben mich die Erklärungen des Herrn Reichsschatzsekretärs im übrigen nicht befriedigt. Ich glaube doch, daß es möglich gewesen wäre, die Anleihe von 80 Millionen in Deutschland anzubringen, ohne daß ein höherer Diskont zu befürchten gewesen wäre. Im Februar 1899 nahmen wir unter Verhältnissen, die den heutigen ungefähr gleich sind, Anleihen von 200 Millionen auf und diese Anleihe wurde um das 2 1/2 fache abbezahlt. Ich glaube auch, daß die Rücksicht auf den hohen Bankdiskont nicht ausschlaggebend gewesen ist, die Anleihe nicht in Deutschland aufzunehmen. Wie die Amerikaner die Sache aufzufassen, darüber schreibt der „Berliner Börsen-Courier“: Die Amerikaner betrachten die deutsche Reichsanleihe als einen weiteren Schritt zur amerikanischen Hegemonie auf dem Geldmarkt der Welt und die Amerikaner ziehen daraus die Folgerung, daß die wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands zu Amerika sich immer fester knüpfen. In einem andern Artikel sagt dasselbe Blatt: Die Vereinigten Staaten kommen immer mehr in die Lage, sich zum Bankier von ganz Deutschland aufzuspielen.

Abg. Büsing (natl.):

Die Begebung der deutschen Anleihe in Amerika hat viel Aufsehen erregt. Es ist gesagt worden, daß Deutschland sich damit ein Ansehen für diese Begebung vorleihen. Ich glaube nicht, daß die Begebung der 80 Millionen im Inland einen Einfluß auf die Erhöhung des Diskonts hätte haben können. Diese Furcht des Herrn Reichsschatzsekretärs teile ich nicht. Dazu war die Summe doch viel zu klein. Mit Einführung dieser Anleihe an der Berliner Börse aber werden alle Gründe für die Unterbringung in Amerika hinfällig. Amerika kann sie ja zu jeder Zeit wieder übers Wasser hierher werfen, und das kann Amerika zu uns

sehr unpassender Zeit thun. Ich sehe also in der ganzen Angelegenheit einen prinzipiellen Fehler. Das Geld, das der Staat jetzt aus Amerika geholt hat, wäre im Inlande zehnfach aufgebracht worden. Der Redner beantragte Ueberweisung der Vorlage an die Budgetkommission. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Reichsschatzsekretär v. Thielmann:

Herr Büsing meinte, die Amerikaner könnten jeder Zeit die Stücke wieder nach Deutschland zurückwerfen, wenn es ihnen gerade paßt. Diese Gefahr liegt theoretisch vor. Daß die Amerikaner gerade diese Schatzanweisungen vorzeitig und zurückzukaufen werden, glaube ich nicht, denn sie würden nur selbst dabei Ruhrverluste haben. Es ist dann nach meinen weiteren Gründen gefragt worden. Ein Grund ist, daß ich im September vorausah, daß das Jahr 1901 nicht ohne eine größere Anleihe vorübergehen würde. Daher war ich der Meinung, daß es praktischer war, zunächst eine kleine Anleihe außerhalb Deutschlands zu begeben. Uebrigens sind wir nicht etwa hilfesuchend nach Amerika gegangen, sondern die Amerikaner sind zu uns gekommen. Daß die Handelsbilanz der Amerikaner eine in der Welt noch nicht dagewesene ist, ist ja richtig, ich wollte, wir wären auch in einer so glücklichen Lage. Leider ist das nicht der Fall und fromme Wünsche helfen da nicht.

Abg. Richter (fr. Sp.):

Ich würde nicht, was bei einer Kommissionsberatung herauskommen sollte. Höchstens könnte man beim Etat eine Resolution fassen, die die Wünsche des Hauses in Bezug auf die Anleihen zum Ausdruck bringt. Was die Frage der amortisierbaren Anleihen anlangt, so bin ich ganz entschieden für die Aufrechterhaltung des jetzigen Zustands. Die Ueberfälligkeit der Schuldentilgung würde sonst erheblich leiden. Einig sind wir ja alle darüber, daß die Anleihe auch hier begeben werden können, aber der Zeitpunkt kurz vor dem 1. Oktober war allerdings für Deutschland außerordentlich ungünstig. Es ist gesagt worden, daß die Amerikaner die Summe wieder an uns zurückzukaufen können. Das ist doch aber ein ganz phantastischer Gedanke, daß plötzlich die vielen Laufende amerikanischer Obligationenbesitzer zu gleicher Zeit ihre Obligationen nach Deutschland verkaufen sollten. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.)

Die Begebung der Anleihe in Amerika hat auch den Vorzug, daß unsere Obligationen im Ausland eingeführt werden. Für den Fall plötzlichen großen Geldbedarfs wird es uns daher immer leichter werden, einen Teil der Anleihe im Ausland unterzubringen. — Daß die Börse über die Begebung der 80 Millionen-Anleihe in Amerika nicht besonders erfreut war, ist schließlich nicht verwunderlich, denn den Herren Bankiers entgingen dadurch die Provisionen. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Krenndt (Sp.):

Ich bin in der sehr seltenen Lage, den Ausführungen des Herrn Abg. Richter fast ganz zustimmen zu können. Auch ich glaube vor allem, daß nur die Bankiers dadurch geschädigt sind, daß die Anleihe in Amerika und nicht bei uns begeben wurde. Obwohl ich nun mit dem Abg. Richter vom finanzpolitischen wie vom wirtschaftlichen Standpunkt aus die Anleihe in Amerika für nützlich halte, so kann ich doch nicht so weit wie er gehen und glauben, daß uns diese Begebung über einen guten Herbst hinweggeholfen hat. Von einer Tragweite der Begebung in Amerika, wie sie der Reichsschatzsekretär und der Abg. Richter für möglich halten, daß dadurch eine Erhöhung des Diskonts vermieden worden sei, bin ich absolut nicht überzeugt. Das eine steht allerdings fest, daß unser deutscher Geldmarkt vollkommen seine Selbständigkeit gegenüber dem Ausland verloren hat. Das beste Mittel, uns über unsere Geldschwierigkeiten hinweg zu helfen, wäre eine wirtschaftliche Verbindung zwischen Deutschland und Frankreich, die ja jetzt, da Deutsche und Franzosen gemeinsam kämpfen, auch durchaus zeitgemäß wäre.

Reichsbankpräsident Dr. Koch (sehr schwer verständlich):

Bei dem Goldabfluß z. B. nach der Pariser Weltausstellung war es angebracht, um das Gold mehr im Inland zu halten, eine notwendige Anleihe einmal im Ausland zu begeben. Daß die Papiere aus Amerika wieder zurückkommen, halte ich für ausgeschlossen. Die Papiere sind dort in festen Händen. Also auch die Reichsbank kann sich dem Urteil anschließen, daß die Begebung der Anleihe in Amerika durchaus nützlich war.

Abg. Dr. v. Siemens (fr. Sp.):

Ich will das hohe Haus nicht mehr langweilen, aber kurz will ich doch noch auf die Frage der Begebung eingehen. Ich glaube das thun zu müssen, m. H., weil wir gesehen haben, daß an diese Operationen sich eine Reihe von Gerüchten geknüpft haben, die nicht ganz unabweisbar bleiben dürfen. Der Abgeordnete Richter allerdings meinte, es handle sich nur um eine allgemeine Bankierwut. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß dies Gefühl einen ganz andern Grund hat. Ein Gefühl des Zorns hat sich in der gesamten Presse bemerkbar gemacht. Warum? Aus dem einfachen Grunde, weil es dem Lande nicht nützlich ist, wenn man ohne Begründung sich an das Ausland gewendet hat. Warum hat denn die Sache im Ausland ein solches Entsehen erregt? An sich ist es gar nicht verwunderlich, daß man in solchen Fällen an das Ausland herangeht. Davor hat sich gegebenenfalls weder Oesterreich, noch Italien, noch Rußland geschämt, sogar jetzt in letzter Zeit England nicht. Der einzige Grund, warum unsere Begebung ins Ausland Entsehen erregt hat, liegt in dem Zwischenfall, in den sich unsere Finanzverwaltung begeben hat. Man hat stets besonderen Wert darauf gelegt, daß die Papiere im Inland ihren Wert behalten, daß nicht allzuviel Schulden im Ausland gemacht werden. Wir haben uns offiziell etwas krankhaft vom Ausland abgeköpft. Alles haben wir im Inland auf die Entwicklung der Industrie, die durch die Abwanderung aus dem Osten andererseits wieder gefördert worden ist, verwendet.

Die hauptsächlich zur Diskussion stehende Frage ist ja die, ob es richtig war, daß die Anleihe in Amerika begeben wurde, und da muß ich sagen: Ich glaube nicht, daß diese Frage so ungeheuer wichtig ist. Wir sind immerhin ein so wohl organisiertes Land, daß die Frage, ob 80 Millionen so oder so behandelt werden, im Interesse unseres Landes keine Rolle spielt.

Abg. Lucke (B. d. L.):

Herr v. Siemens hat hier eine Verteidigungsrede für die Börse gehalten. Herr Büsing sagte, die Hochfinanz habe keine nationalen Bestimmungen gehabt, ich glaube ihm das, ich bin sogar überzeugt, die Hochfinanz hat nicht einmal nationale Gesühle. (Gruß rechts.) Daß der Schatzsekretär an den dreiprozentigen Konsols festhalten will, ist mir recht. In einem Lande aufsteigender Kultur muß der Lohn steigen und die Kapitalrente sinken. Das liegt im Interesse produktiver Arbeit. Die Herren von der Hochfinanz stimmen der amerikanischen Anleihe zu. Vom nationalen Standpunkt können wir sie nicht gutheißen. Das deutsche Volk darf sich national von Amerika nicht beeinflussen lassen. (Bravo! rechts.)

Abg. Büsing (natl.) hält dem Abg. Richter gegenüber aufrecht, daß die kleinen Kapitalisten durch die amerikanische Anleihe geschädigt worden seien.

Abg. Dr. Hahn (wildkons.) polemisiert gegen den Abgeordneten Dr. Siemens und behauptet, daß die Thätigkeit der Börse dahin geht, jede industrielle Krise noch zu verschärfen; die Börse hat es verstanden, daß die Landwirtschaft nicht mit der Industrie konkurrieren kann, insbesondere bezüglich der Löhne, die sie zahlt. Redner empfiehlt die Einrichtung einer Central-Emissionsstelle, die die großen Interessen des deutschen Volkes auf dem Gebiet der Anlage seiner Kapitalien wahrt. Die spekulierenden Bankiers nehmen heute naturgemäß auf diese allgemeinen Interessen wenig Rücksicht. Damit schließt die Beratung der Denkschrift.

Es folgt die erste Beratung der Uebersicht der Reichs-Einnahmen und -Einnahmen für das Rechnungsjahr 1899.

Abg. Dr. Vachem (C.):

Die Erfahrungen, die wir bei der China-Expedition gemacht haben, müssen uns veranlassen, diese Uebersicht uns genauer anzusehen. Es muß unterschieden werden zwischen außeretatmäßigen und überetatmäßigen Ausgaben. Die letzteren stellen lediglich Ueberschreitungen von Summen dar, die der Reichstag schon bewilligt und in deren Schätzung man sich nur getrennt hat. Dagegen ist bei den außeretatmäßigen Summen der Reichstag überhaupt nicht gefragt worden, und es handelt sich darum, von welcher Höhe diese außeretatmäßigen Posten sind. Zur gewöhnlich hat es sich nur um einzelne und geringfügige Posten gehandelt (Sehr richtig!) Etwas andres ist es natürlich mit dem diesmaligen dritten Nachtragsetat. Daß bei diesem eine außerordentliche Nachschußung notwendig war, darüber sind doch wohl alle Parteien dieses Hauses einig. Zwischen den Chinaforderungen und einem gewöhnlichen Posten besteht aber eine gewaltige Differenz und es fragt sich, ob sich nicht ein Einvernehmen finden läßt dafür, unter welchen Umständen außeretatmäßige Posten einer Indemnitäts-Nachschußung bedürfen. Ich würde als eine solche Forderung bezeichnen erstens Ausgaben, die unvorhergesehen waren; zweitens, daß die Summe unbedeutend und sofort ausgegeben werden mußte, und drittens, daß sie nicht so erheblich ist, als daß man überbewegen den Reichstag berufen sollte. Ich möchte da auf einige Punkte in der vorliegenden Uebersicht aufmerksam machen, bei denen mir diese Bedingungen nicht vorzuliegen scheinen. Einmal ist bei einem Posten: Zustandhaltung von Schiffen und ihres Inventars, die Summe von 15 Millionen um 1 Million überschritten worden, sodann sind zum Ersatz für ein Futtermagazin 11 000 M. ausgegeben worden. Da fragt sich doch, ob der Ersatz so plötzlich und so unbedingt notwendig war. In einem dritten Fall handelt es sich um den Neubau eines Pulvermagazins. Für den Entwurf werden 7000 M. gefordert. Wenn aber erst die Kosten für einen Entwurf ausgegeben sind, so liegt darin schon eine gewisse Verpflichtung des Reichstags, später auch den Bau zu bewilligen. In dem Etat für 1901 ist denn auch schon eine erste Baubate für dies Pulvermagazin gefordert. — Ich meine, die Rechnungscommission wird diese Posten genau zu prüfen haben, und der Reichstag hat, nachdem sein Budgetrecht in so weitgehender Weise wie bei der China-Expedition gemächtig ist, allen Grund, diese Uebersicht mit größter Sorgfalt zu prüfen.

Unterstaatssekretär Dr. v. Uffenborn:

Die drei Grundzüge, die Herr Dr. Vachem anführte, unterschreibe ich durchaus und in der That wird nach ihnen auch bisher schon die Notwendigkeit außeretatmäßiger Forderungen geprüft. Daß die Chinavorlage aus dem Rahmen der gewöhnlichen Verwaltungsthätigkeit herausfällt, wird auch der Herr Vorredner zugeben.

Was die einzelnen von ihm angeführten Fälle anlangt, so stehen bei dem Futtermagazin den Ausgaben auch Einnahmen der Militärverwaltung in gleicher Höhe gegenüber. Solchen Forderungen weiter wie: Neubau eines Pulvermagazins, ist schwerer Widerstand zu leisten, denn es kommt mehrfach vor, daß Pulvermagazine in die Luft stiegen. Im dritten Fall handelt es sich nur um eine außeretatmäßige Forderung, mit der sich also der Reichstag im Prinzip einverstanden erklärt hat.

Abg. Dr. Sattler (natl.):

Ich erkläre in der That, daß die Regierung die Mehrausgabe in der Uebersicht selbst als außeretatmäßig bezeichnet hat, das Anerkenntnis, daß sie zu der Ausgabe nicht berechtigt war und daß sie deshalb nachträglich Indemnität erbittet. Wenn ich Herrn Vachem in dieser Kritik also nicht beitreten kann, so bedauere ich doch, daß er diese Gelegenheit nicht benutzt hat, die Vorlegung eines Komptabilitätsgesetzes für das Reich zu verlangen. Wir brauchen ein solches Gesetz für die Reichsfinanzen noch viel nötiger als in den Einzelstaaten und bei der Lebenswichtigen Stimmung, die gegenwärtig herrscht, hoffe ich, daß sich ein solches Komptabilitätsgesetz auch für das Reich leicht herbeiführen läßt. Ueber die Form der Rechnungsführung habe ich einige Beschwerden vorzutragen. Bei der Begründung der Mehrausgabe von 1 1/2 Millionen für das Linienschiff „Kaiser Karl der Große“ wird auf die Mehr- und Minderausgaben bei 27 Schiffen Bezug genommen und hinzugefügt, daß eine eingehende Begründung der Ueberschreitung sich nicht mehr geben lasse. Da wird vom Reichstag doch eine gar zu große Gemütslichkeit verlangt. Ich möchte die Ober-Rechnungskammer auffordern, sich nach jedem einzelnen Posten recht genau zu erkundigen.

Unterstaatssekretär im Reichsschatzamt Uffenborn erwidert, daß etwas Angehöriges hier vorliegt, habe Dr. Sattler selbst nicht behauptet, im wesentlichen laufe der Streit auf die verschiedene Bedeutung, die man dem Deduktionsverfahren beilege, hinaus.

Abg. Richter (fr. Sp.) verlangt ebenfalls eine genaue Prüfung der Rechnungen.

Geh. Marineetat-Verordn.: Es ist von allen Rednern anerkannt worden, daß die Marineverwaltung formell richtig verfahren ist. Wir haben nichts zu verschleiern und nichts zu verhehlen. Es würde uns auch nichts nützen. Die Ober-Rechnungskammer würde doch dahinter kommen. In der Rechnungscommission wird die Verwaltung die gewünschten Aufschlüsse und Erläuterungen gern geben.

Abg. Richter (fr. Sp.):

Ich wünsche, daß die Etatüberschreitungen dem Reichstag sofort und nicht erst nach Ablauf des Rechnungsjahrs mitgeteilt werden. Mit Herrn Dr. Vachems Vorschlägen bin ich einverstanden. Ueber die Abrechnung der Marineverwaltung war ich geradezu klar, daß so etwas vorkommen kann. Was haben Sie gethan? Innerhalb 10 Jahren haben bei 16 Schiffsbauten Ueberschreitungen des Etats stattgefunden, bei 11 ist die tatsächliche Ausgabe hinter dem Anschlage zurückgeblieben. Diese Summen sind nun jetzt durcheinander geworfen worden und da die Ueberschreitungen die Ermäßigungen gegenüber dem Etat übersteigen, so ist das Plus einfach dem unzulässigen Karl dem Großen aufgelegt worden. (Große Heiterkeit links.) Ihm werden die Mehrausgaben einfach aufgehängt. Warum gerade Karl der Große davon glauben mußte, bleibt völlig unklar. Haben Sie das etwa ausgenutzt? (Große Heiterkeit links.) Derartige Deduktionen sind sonst nur bei Schiffen der gleichen Klasse vorgenommen worden. Allmählich aber hat sich der Gebrauch ausgebreitet und nun werden alle Schiffe aller Klassen untereinander geworfen und die bewilligte Summe im ganzen auf sie verrecknet. Das giebt dann bald ein Mißverständnis, bald ein Farnäris. Dabei wird verschleiert, daß die Etat-Ueberschreitungen bei einzelnen Posten sehr erheblich waren und zwar gerade bei den kleinen Schiffen. Beim Kreuzer „Vuffard“ ist z. B. über ein Viertel der ursprünglichen Anschlagssumme mehr ausgegeben worden. Das ist recht das Reichstag ist gerade durch das Stottengesetz außerordentlich beschnitten worden, und doch nimmt seine Verwaltung so geringe Rücksicht auf das Bewilligungsrecht des Reichstags wie gerade die Marineverwaltung. Beim Schiffbau sind allein 8 Millionen Etatüberschreitungen vorgekommen. Woran liegt das? Da wird ein Anschlag gemacht, eine Konstruktion angeordnet, und später steht das Schiff ganz anders da, als es ansetzen sollte. Aus dem Marinekabinett ist die Order ergangen, wonach das Schiff nach neuen Entwürfen ganz anders gebaut werden muß, als ursprünglich beabsichtigt war. Deshalb erklärte sich ja auch das Reichs-Marine-Minister gegen die Reichsmeisten und nicht die Privatverfechter vor. Der Hauptgrund ist der, daß die Privatverfechter sich keine nachträgliche Veränderung in der Konstruktion mehr gefallen lassen, wenn der Vertrag abgeschlossen ist. (Sehr richtig! links.)

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. In den gesperrten Concorbiasälen, Andreasstraße, halten die Liedertafeln „Schäferscher Gesangsverein“ und „Vrennador“, die neben anderen Gesangsvereinen in der „Gemüthlichen Harmonie“ vereinigt sind, am 8. Dezember eine Festlichkeit ab, zu welcher man in Arbeiterkreisen Karten zu verkaufen sucht. Die Parteigenossen werden wissen, wie sie sich in diesem Fall zu verhalten haben. Die Lokalkommission.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Am Sonntag, den 25. November, brachten Sie in der ersten Beilage auf der dritten Seite unter der Spitzmarke „Zur Lokalliste“ eine Notiz, nach welcher der Inhaber des neben dem Theater gelegenen Lokals Laubenstraße 47 in ungewöhnlicher Form sich dahin geäußert habe, daß ihm der Besuch socialdemokratischer Arbeiter wenig angenehm sei. Namens und im Auftrage des Ehrenwärters Friedrich Kohnke, Laubenstr. 47, Inhaber des vorbezeichneten Lokals, ersuche ich Sie mit Bezug auf § 11 des Reichs-Preßgesetzes ganz ergebenst, die Notiz dahin zu berichtigen zu wollen, daß Herr Kohnke weder die ihm in den Mund gelegte noch eine ähnliche Äußerung jemals gethan hat. Jeder Eingeweihte weiß vielmehr ganz genau, daß ihm der Besuch socialdemokratischer Arbeiter durchaus sehr angenehm ist. Wegen den Urheber Ihrer Notiz, den Belandungsinspektor Theodor Wendt, Magstr. 7, wird Herr Kohnke das Weitere veranlassen. Mit Hochachtung Leopold Meyer, Rechtsanwalt, Chausseestr. 122.

Die Lokalkommission teilt uns zu dieser Zuschrift mit, daß sie nach Lage der Dinge an der Richtigkeit Ihrer Mitteilung festhalten muß.

Adlershof. Die Parteigenossen werden nochmals auf die am Sonntagvormittag 4 Uhr bei Schmauser stattfindende Volksversammlung aufmerksam gemacht. Die Versammlung findet zwecks Agitation zum Austritt aus der Landeskirche statt; Walder Manasse spricht über „Kirchentum und Christentum“.

Stralau. Morgen, Sonntag, nachmittags 1 1/2 Uhr, findet in der Victoria-Brauerei zu Stralau eine öffentliche Parteiversammlung statt, in welcher Genosse Paul Jahn über „Handelspolitik und Handelsverträge“ referiert.

Mariendorf-Tempelhof. Der Arbeiter-Bildungsverein für Mariendorf und Umgebung hält am Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Gerth in Tempelhof eine Vereinsversammlung ab mit einem Vortrage des Stadtverordneten Genossen Paul Dirck über „Weltpolitik und Chinowiren“. Ferner Stellungnahme des Vereins zur Central-Organisation und Entwürfe hierzu. Aufstellung und Wahl der Delegierten zur Kreisconferenz und Verschiedenes.

Tokales.

Angeichts der heutigen Volkszählung ist es von Interesse, auf die Entwicklung der Einwohnerzahl Berlins seit 50 Jahren hinzuweisen. Am Schlusse des Jahres 1850 hatte die Hauptstadt eine Gesamtbevölkerung von 418 800 Einwohnern, sie hat sich also seitdem etwa um das 4 1/2fache vermehrt. Im Jahre 1860 betrug die Ziffer 493 894; 1861 erfuhr sie durch die Erweiterung des Reichs ein Zuwachs von 35 500. Im Jahre 1875 hatte die Hauptstadt es auf 657 677 Einwohner gebracht, und Ende 1879 waren es 774 452. Ein Jahr später betrug die Zahl schon 824 419. Nun ging es in schnellerem Tempo vorwärts. Ende 1875 umfaßte Berlin eine Gesamtbevölkerung von 964 514, und im Jahre 1877 war die erste Million überschritten. Ende 1880 stellte sich die Gesamtziffer auf 1 123 850, und fünf Jahre später waren es wieder 2 000 000 mehr. Am Schlusse des Jahres 1890 besaß die Reichshauptstadt im ganzen 1 578 517 Einwohner, und die Volkszählung vom 2. Dezember 1895 ergab 1 677 304. Inzwischen sind wir wieder um mehr als 200 000 weitergekommen, so daß Berlin der zweiten Million nicht fernsteht. Die diesjährige Volkszählung kann allerdings diese Ziffer noch nicht ergeben.

Große Freude herrscht im Kommunalreifein darüber, daß die Kaiserin Friedrich auf eine Glückwunschadresse zu ihrem Geburtstag der Stadtverordneten-Versammlung folgende Antwort zugehen ließ: „Die Stadtverordneten von Berlin haben mich zu dem Eintritt in ein neues Jahr mit herzlichsten Glückwünschen und mit so teilnehmenden Worten zur Wiederherstellung meiner Gesundheit begrüßt, daß es mir ein Bedürfnis ist, für dies neue Zeichen anhänglicher Gesinnungen meinen aufrichtigsten Dank auszusprechen. Möchten meine Wünsche Erhöhung finden, welche stets auf die segensreiche Entwicklung der Stadt Berlin und die Wohlfahrt ihrer Bürger gerichtet sind.“

Erklärung. In der in Nr. 277 von uns veröffentlichten Angelegenheit Bacher-Leon sind wir, wie wir uns inzwischen überzeugt haben, falsch berichtet worden. Die in dem Artikel gemachten Angaben haben sich als unrichtige herausgestellt. Da diese Angaben auf Mitteilungen des früheren Socius der Firma, Herrn Max Bacher, selbst beruhten, glauben wir, ihnen vollen Glauben schenken zu dürfen. Wir bedauern jetzt, dieses gethan zu haben.

Die Zahl der ausgegebenen Ansichtskarten hat das Reichspostamt bei Gelegenheit der regelmäßigen Briefzählung während der sieben Tage vom 9. bis 16. August d. J. ermitteln lassen. Es ergibt sich daraus, daß fast die Hälfte aller ausgegebenen Postkarten Ansichtskarten sind. Von 20 808 813 ausgegebenen Karten trugen 10 128 560 Bilder. Im Durchschnitt wurden täglich 1 1/2 Mill. Ansichtskarten aufgegeben.

Auf dem Hauptmarkt für Weihnachtsbäume an der Großen-Grabenstraße lagern bereits viele Tausende von Fichten und Tannen, die zu Haus aufgeschichtet sind und weithin einen würzigen Duft verbreiten. Sie stammen fast alle aus Thüringen, Bayern und aus dem Harz und sind mit der Anhalter Eisenbahn angelommen. Die hochgeladenen Lawries halten an der Monumentenbrücke und werden von hier aus auf Wagen nach dem nahe gelegenen Marktplatz gefahren, welcher der Stadt Schöneberg gehört und den von dieser ein Generalpächter bis zum Weihnachtsfest gepachtet hat.

Wegen „Majestätsbeleidigung“ ist in der Antisemitenversammlung, welche am Mittwochabend in der Tonhalle stattfand, ein Mann auf die Denunciation eines tapferen Urtheilens hin verhaftet worden. Die Majestätsbeleidigung soll darin bestanden haben, daß der Verhaftete bei einem Kaiserhoch sitzen blieb. Unsere Parteigenossen wollen sich diese feige Denunciation zur Warnung dienen lassen und lieber den antisemitischen Versammlungen fernbleiben als sich derartigen Fährlichkeiten aussetzen.

Vom Militärgericht. Unter der Anklage, durch Fahrlässigkeit den Tod des Dragoners Hannusch herbeigeführt zu haben, stand am gestrigen Freitagvormittag der Unteroffizier Albert Jangler von der 1. Eskadron des 2. Garde-Dräger-Regiments vor dem Kriegsgericht der Garde-Kavallerie-Division. Der Angeklagte war am 17. Oktober d. J. beauftragt worden, mit einer Anzahl Dragoner in der Gassenheide Sand zu graben. Als die Grube etwa drei Meter tief und zwei Meter lang war, stürzten die Loder gewordenen Erdmassen zusammen und begruben die beiden im Sandloch befindlichen Dragoner Lämmchen und Hannusch. Während der ersten gerichtet wurde, trat bei Hannusch sofortiger Tod durch Erstickung ein. Verantwortlich wurde für diesen Unfall der Unteroffizier Jangler gemacht. In der Verhandlung wurden zahlreiche Zeugen vernommen, die unter dem Kommando des Jangler beim Herstellen der Sandgrube ge-

arbeitet hatten. Sie alle erklärten übereinstimmend, daß der Unteroffizier unter der nötigen Vorsicht die Ausgrabungsarbeiten habe vornehmen lassen. Fast alle Zeugen bekundeten, daß ihr Vorgehen in dem Augenblick, als die Erdmassen zusammenbrachen, sofort, ohne sein eigenes Leben zu schonen, um die verschütteten Kameraden zu retten, in die Grube hinabgesprungen und durch die Sandmassen teilweise selbst verschüttet worden sei. Der Vertreter der Anklagebehörde sowohl wie der Verteidiger traten für Freisprechung des Unteroffiziers ein und der Gerichtshof schloß sich diesem Antrage an.

Die 1. städtische Lesehalle in der Mohrenstraße wird vom April nächsten Jahres ab auch Zeitungen auslegen. In den anderen städtischen Lesehallen ist das von Anfang an geschehen. Als die Anstalt in der Mohrenstraße im Oktober 1898 eröffnet wurde, hatte man zunächst Bedenken getragen, dem Lesebedürfnis der Bevölkerung so weit entgegenzukommen. Weil aber von einem Teil der Besucher forgesetzt ein lebhaftes Verlangen nach Zeitungslektüre geäußert wird, so will die Verwaltung das vor vier Jahren Unterlassene nunmehr nachholen, zumal da die in dieser Hinsicht inzwischen in den anderen Lesehallen gemachten Erfahrungen durchaus günstig sind.

Von einem Automobil totgefahren wurde gestern vormittag um 10 1/4 Uhr in der Lindenstraße vor dem Hause 16 der 60 Jahre alte Drochsenkutscher Gottlieb Werdnow. W. hielt an der Ecke der Markgrafen- und Lindenstraße. Als er über den Damm gehen wollte, sah er ein Automobil, das vom Velle-Alliance-Platz herkam, und ging ihm über Kopf und Brust. Der Unglückliche wurde so schwer verletzt, daß er schon nach fünf Minuten starb.

Skandalöse Zustände herrschen in der neu errichteten 241. Gemeindefaule, die seit dem Ende vorigen Monats in einem Hintergebäude des Hauses Scheringstr. 9 untergebracht ist. In der letzten Zeit sind, der „Tal Rundsch.“ zufolge, wiederholt Schüler wie Lehrpersonen unter den Anzeichen von Rauch- und Kohlenoxyd-Vergiftung erkrankt. Infolge dessen ist jetzt der Unterricht in mehreren Klassenzimmern ausgesetzt; in den anderen wird aber weiter unterrichtet. Es erscheint uns dringend nötig, daß sich hier die Polizei ein Mittel legt und die Räume schließt, wenn die städtische Schuldeputation nicht für Abhilfe sorgt.

Wegen Brandstiftung verhaftet wurde in der Nacht zum Freitag der Restaurateur Kowak aus der Pringensstraße 16. R. betrieb früher ein Geschäft in der Poststraße, war aber nach Verlaß desselben am 1. Oktober d. J. nach der Pringensstraße übergesiedelt. Hatte er schon im vorigen Geschäft mit schweren Sorgen zu kämpfen, so verschimmerte sich das noch in dem neuen, wo es arg an Gästen mangelte. Diese Mißerfolge scheinen auf den Geisteszustand des in den dreißiger Jahren stehenden Manns ungünstig eingewirkt zu haben, wenigstens wollen Hausbewohner bemerkt haben, daß R. zeitweilig an geistigem Defekt gelitten habe. Freitag früh 2 Uhr wurde nun die Feuerweh nach jener Restauration gerufen, wo Möbel, Küchengeräte und Spirituosen im Gastzimmer in Flammen standen. Da der Brand noch nicht beseitigt war, konnte er schnell abgelöscht werden. Gleichzeitig wurde aber auch festgestellt, daß hier böswillige Brandstiftung vorlag, weshalb die im zweiten Stock wohnenden Kowakschen Eheleute noch in der Nacht verhaftet wurden. Die Ehefrau ist indes bereits wieder entlassen, da sie anscheinend an der Brandstiftung unbeteiligt ist. Der Verhaftete besitzt drei noch schulpflichtige Kinder.

Bei der „Arbeit“ am Geldschrank gestört wurden Einbrecher, die in der Nacht zum Freitag der Landesprodukte- und Großhandlung von Reuh n. Wille in der Andreasstr. 21 einen Besuch abstatteten. Von dem Schutzhof auf dem Grundstück Nr. 22 waren sie über die Mauer gelaufen, hatten die Thür zum Lagerraum mit einem Dietrich geöffnet und waren von hier aus durch ein ganz kleines Fenster in das Comptoir, das neben dem Lager im rechten Seitenflügel liegt, eingestiegen. Scherben der eingeschlagenen Scheibe waren jedoch auf eine Karaffe gefallen, die auf einem Tisch unterhalb des Fensters stand. Der Wächter, der dieses Geräusch hörte, weckte den im Vorderhause wohnenden Geschäftsinhaber Reuh, und als die beiden Männer nun nach dem Comptoir kamen, hatten die Einbrecher gerade den Anstich vorgenommen. Jetzt mußten sie von ihrer Arbeit ablassen, verschwand blitzschnell wieder durch das kleine Fenster und nahmen auch den Rückweg wieder über die Mauer des Nachbargrundstücks. In der Dunkelheit entgingen sie ihren Verfolgern. Einen Bohrer, eine Jange und ein Stemmisen mußten sie in der Eile im Comptoir zurücklassen.

Unter einer seltsamen Polizeimaßnahme hatte die Firma Pfingst n. Co. in der Königsstraße zu leiden. Sie hatte eine auf der Pariser Weltausstellung erworbene Kellamefigur ins Schaufenster gestellt, worauf die Polizeibehörde unter Androhung von 150 M. Geldstrafe von der Firma verlangte, die Figur fortzunehmen, da die Personen, welche das Bildwerk betrachteten, auf der Straße ein Verkehrshindernis bildeten. Als die Firma, die sich in ihrem Recht glaubte, diesem Verlangen nicht stattgab, ließ die Polizei die Feuerweh holen, welche darauf unter dem Protest des Firmeneinhabers die Figur aus dem Schaufenster entfernte.

Der Brand einer Windmühle lodte in der Nacht zu gestern große Scharen Reugieriger nach der Prenzlauer Allee 181. Die seit mehreren Jahren außer Betrieb gesetzte Mühle des Müllers Hänisch, die nur wenige Meter von der dortigen Gasanstalt entfernt liegt und beim Bau der Gasanstalt zur Einleitung eines Entschädlungsprozesses diente, weil die Gasanstalt der Mühle den Wind abhing stand in hellen Flammen, so daß der Himmel weithin tief gerötet war. Die Feuerweh ging unter Leitung des Brandmeisters Wiefener mit vier Dampfstrahlrohren vor und dämpfte die Flammen, noch bevor die Mühle in sich zusammenstürzte. Mittags 11 Uhr wurde die Wehr zum zweitenmal nach der Brandstelle gerufen, weil sich das Feuer von neuem entzündet hatte.

Ein gefährlicher Fabrikbrand kam gestern morgen 11 Uhr in der Fabrik von Wärmeschutz- und Isoliermitteln von P. Krause, Wilschinerstr. 80, zum Ausbruch. Die Fabrik liefert für die Schiffswerken von Kiel und Danzig die Isolierung zwischen den Sonzplatten und Dampfrohren der Dampfschiffe und beschäftigt eine größere Anzahl von Arbeitern. In dem im Nuergebäude des zweiten Hofes befindlichen Lagerraum kam nun durch Explosion einer Leuchtlampe Feuer aus, das Korkmeißel und Leer erfaßte und schnell um sich griff. Die in den oberen Stockwerken beschäftigten Arbeiter gewannen teilweise das Freie, teilweise verblieben sie trotz enormer Verqualmung in ihren Arbeitsräumen bis die Feuerweh erschien.

Ein Gut für einen Pfennig! Kürzlich verkaufte ein Kürschner und Gutmacher einem ihm befreundeten Firmeneinhaber einen Winterhut zum Preise von 9 M., ohne indessen gleich Zahlung zu erhalten. Als nun die Firma plötzlich fallierte, meldete auch der Gutmacher seine Forderung beim Gericht an und erhielt darauf folgenden Bescheid: „Ihre Forderung beträgt 9 M., davon erhalten Sie aus der Masse 1,77 Proz. gleich 16 Pf. Davon geben ab: Für Vorkosten 10 Pf. und für Versteigerungs- u. Wf., so daß dem Gläubiger 1 Pf. verbleibt.“ Der Kürschner will fortan seine Ware stets sofort bezahlt haben.

Im Circus Busch ist gestern eine neue Pantomime aufgeführt worden. Schon seit etlichen Jahren zeigt sich, daß im selben Maße, wie die Schaubühne sich als Variété für Cirkuskünste einrichtet, der Circus auf das Gebiet des Theaters hinübergreift und regelrechte Dramen aufführt. Der neueste Versuch jedoch, die romantische Geschichte von der Eisernen Raste einer Anstaltungsfreie zu Grunde zu legen, wird selbst unter Leuten, die an erstaunliche Dinge gewöhnt sind, ehrsliches Kopfschütteln erregen. Aber seltsam, der Versuch ist geglückt, und wir haben im Stil des

Sonnenkönigs ein Schauspiel vor uns, wie wohl von gleicher geschmackvoller Pracht noch keines dargeboten. Wir wollen nicht von den Balletaufführungen reden, und von den Rollen und Neben, die zu der Pantomime vortrefflich abgerichtet sind. Auch die Umwandlung der Manege in einen See, worin Koch, Reiter und Reiterin sich tummeln, ist ja an sich nichts Neues, wenn diesmal auch Abwechslungen vorkommen, an die bis dahin kein Mensch gedacht hat. Aber was in dem neuen Stück besondere Anerkennung verdient, das ist die kluge Steigerung der Effekte, die im Schlußbild wohl alles übertreffen, was bisher an bunten Künsten im Cirkus oder auf der Bühne gezeigt worden ist. Die Manege ist in einen Springbrunnen umgewandelt, dessen Wasser in märchenhaften Farben sprüht, und der rings um sich lebende Bilder von seltener Kunst vereinigt. Unter den zahlreichen anderen Schauspielen der Freie sei eine Darstellung des Straßburger Münsterers genannt, dessen Konturen bis zur Rede hinaus plötzlich in elektrischem Glühlicht aufleuchten. Bei solchen Ueberraschungen tritt der eigentliche Inhalt der Pantomime natürlich zurück, und aus den dramatischen Vorgängen ist uns nur das Eine im Kopf geblieben, daß die „alten Jesuwiters“ eine bedenkliche Rolle spielen und selbst vor der Grueselthat lähnen Hochverrats nicht zurückschrecken. Aber den Unmut über solche Niederträchtigkeiten überwindet der Zuschauer sofort, wenn der vielen Bilder künstlich reiche Pracht vor seinen Augen aufsteht.

Aus den Nachbarorten.

Die Rixdorfer Stadtverordneten-Versammlung ermächtigte in ihrer letzten Sitzung den Magistrat nach 2 1/2 stündiger Debatte zum Abschluß eines Vertrags mit dem Berliner Elektrizitätswerken, wonach diese Rixdorf von ihrem Werke Obersee aus mit elektrischer Kraft zu versorgen haben.

Zu seiner Interpellation über die Wohnungsnot, die als zehnter und letzter Punkt auf der Tagesordnung stand, erhielt der Stadtv. Wach (Soc.) erst gegen 8 Uhr das Wort. Er führte aus, daß im Armenhause diesen Herbst Familien hätten untergebracht werden müssen, deren Ernährer in der Lage waren, Miete zu zahlen. Angesichts dieses Umstands würde wohl niemand das Bestehen einer Wohnungsnot bestreiten. Der Magistrat werde nun ja über die thatsächlichen Verhältnisse Auskunft geben. Redner möchte aber auch dem Magistrat anheimgeben, zu erwägen, welche vorbeugenden Schritte für die Zukunft zu thun seien. Daunterbreite er die Forderungen, die die Arbeiter Rixdorfs und Berlins in einer Resolution aufgestellt hätten, die auch dem Magistrat unterbreitet worden sei. Es handle sich bei dem Regiebau städtischer Häuser mit keinen Wohnungen durchaus nicht um Forderungen des Socialismus. Die Stadt Freiburg, die schon manche Erfahrung auf dem Vangebiet sammelte, bause Wohnhäuser mit keinen Wohnungen, ebenso Düsseldorf. Erster Bürgermeister Boddin beantwortete die Interpellation, indem er das Ergebnis einer vom Magistrat veranstalteten Erhebung über die Belegung des Armenhauses verwerthe. — Danach haben sich die Belegungen des Armenhauses fasten kann, am 31. Oktober 189 Personen befanden, während sich jetzt dort nur noch 138 aufhalten, worunter sich 17 Familien mit 77 Köpfen befinden. 3 Familien beziehen demnach eigene Wohnungen. — Andererseits sollen nach der Aufstellung 37 Wohnhäuser im Bau begriffen sein, die 600 kleine Wohnungen enthalten. Die Dinge, führte Herr Boddin aus, lägen also in Rixdorf nicht gar zu schlecht, wenn auch ein Wohnungsmangel nicht beseitigbar sei. Es sei höchst bedauerlich, daß wahrscheinlich einige der in das Armenhaus gekommenen Familien lediglich wegen der Zahl ihrer Kinder keine Wohnung bekommen hätten. Wenn demnach, was zur Zeit nicht der Fall wäre, die Stadt doch an eine Abhilfe denken möchte, dann wäre nach Meinung des Magistrats vom Eigenbau von Regiehäusern abzusehen, da die Stadt, die sehr wenig Grund und Boden zur Verfügung habe, teurer bauen würde wie Privatunternehmer (?) und wahrscheinlich höhere Mieten nehmen müßte. (?) Höchstens würde der Magistrat daran denken, Wohnungen für die städtischen Arbeiter zu bauen. Im übrigen wäre es dann vielleicht angebracht, durch eine Obligation-Anleihe die Mittel zu schaffen, um die private Wohlfährigkeit durch Herabgabe von Bausgeld zu unterstützen. In der nächsten Sitzung der Stadtverordneten werde der Magistrat die Schaffung einer Wohnungs-Deputation vorschlagen. Damit war die Interpellation erledigt, denn trotz energischen Protestes Regieraus beschloß man, nicht zu diskutieren.

Neu-Wellensee. Der in der neu eingeführten obligatorischen Fortbildungsschule zu erteilende Unterricht ist von dem Kuratorium in die Zeit von 7 bis 9 Uhr abends verlegt worden. Von unsrem dem Kuratorium angehörenden Genossen Taubmann und Klotz war der Antrag gestellt, den Unterricht von 5 bis 7 Uhr nachmittags abzuhalten. Die Mehrheit stimmte jedoch dagegen, weil angeblich den jungen Leuten die Möglichkeit, sich „herumtreiben“ zu können, thunsüchtig genommen werden müßte. Daß selbst das eine aus den Reihen der Arbeitnehmer hervorgegangene Mitglied des Kuratoriums Hoppe in trauer Gemeinschaft mit den in derselben Körperschaft sitzenden Unternehmern für den Mehrheitsbeschluss votierte, ist weiter nicht zu verwundern, zeigt aber deutlich genug, daß nur mit dem nötigen Rückgrat ausgestattet und möglichst unabhängige Männer die Interessen der Arbeiterschaft wirksam vertreten können.

So werden selbst gemeinnützige Einrichtungen in ihrer segensreichen Wirkung für die Allgemeinheit beeinträchtigt und den Interessen des Unternehmertums untergeordnet.

Theater.

Leistung-Theater. Wie die Blätter... Schauspiel in 4 Akten von Giacosa. — „Wie die Blätter“ stieben die Mitglieder einer reichen Familie auseinander, als der Konkurs über ihr Haus hereinbrach; wie die Blätter“ treiben sie vor dem Sturm und enden schließlich im Schmutz. Die Arbeit ist keineswegs ohne Feinheit und enthält hier und da auch einen leichten Schimmer von Poesie. Es handelt sich nicht um ein Werk der dramatischen Kunst, wohl aber besitzt der Autor Geschmack und literarische Intelligenz. Der Kaufmann Rosani — übrigens die unglücklichste Figur des Stücks — hat sein Vermögen verloren. Seine holdselige Gattin und sein Sohn glauben auf das bestimmteste, daß er geschick genug gewesen ist, ein nettes Stämmchen auf die Seite zu bringen. Er ist aber nicht geschick, sondern ehrlich gewesen und steht wirklich als Bettler da. Durch die Vermittlung eines wackeren Verwandten gründet er sich in Genf eine bescheidene Stellung. Der Familie aber paßt die Arbeit nicht. Nur in der Tochter steckt ein tüchtiger Kern. Sie scheint tapfer auszuhalten und hat daher zum Schluß auch begründete Hoffnung, den wackeren Verwandten zum Mann zu bekommen. Mutter und Sohn können nicht vergessen, daß sie zur Welt gehört haben, und versuchen es lieber mit der Halbweil, als daß sie sich in enge Verhältnisse schicken. Die Mutter — sie ist übrigens die Stiefmutter der beiden Kinder — legt so häßliche Proben gewissenloser Genußsucht ab, daß man ihr als Halbweildame einen erfolgreichen Corriere prophezeien darf. Der Sohn, der aus erster Ehe stammt, hilft sich in ähnlicher Weise — er heiratet eine reich gewordene Witwe, die um der Reputation willen einen halbwegs ansehnlichen Mann braucht. Die Gestalt des Sohns verrät häufig Geist und ist überhaupt am individuellsten gezeichnet. Von den Schauspielern müssen vor allem Bonn und Meta Jäger genannt werden. Josef Klein charakterisierte tüchtig und handfest den tüchtigen und handfesten Menschen, den er darzustellen hatte, während Wolf Klein durch hohles Pathos recht mangelhaft auftrat. — E. S.

Gerichts-Beitung.

Gegen die Streikposten. Eine Ergänzung zu unsterblichen Aufträgen über Streikposten in der Nummer vom 27. November liefert eine Verhandlung gegen die Tischler **Sid** und **Hoffmann**, welche am 26. November das Schöffengericht hier beschäftigte.

Beide waren angeklagt im September d. J. als Streik bei der Firma Bach u. Sohn, Markussstraße, ausgebrochen war, fortgesetzt vor den Häusern Markussstr. 39-44 auf und ab gegangen zu sein, und den wiederholten Aufforderungen eines Aufsichtsbekanntes, sich zu entfernen, nicht Folge geleistet zu haben. Der Schuttmann befandete denn auch zunächst den Sachverhalt ganz der Auflage gemäß, so daß nach der von und dargelegten Rechtfertigung des Kammergerichts sich die Verurteilung ohne weiteres ergeben hätte. Auf Befragen der Angeklagten und ihres Verteidigers, des Rechtsanwalts Dr. Heinemann, mußte der Zeuge sodann jedoch zugeben, daß die Angeklagten nach seiner Aufforderung weiter gegangen seien und er sie erst nach zehn Minuten wiedergesehen habe, einige Häuser von der Stelle entfernt, wo die erste Aufforderung erfolgt sei. Während der 10 Minuten habe er sie nicht beobachtet. Darauf habe er den Sid gestrichelt, ihn aber demnach wieder laufen lassen wollen. Erst als Hoffmann hinzutrat, habe er Sid und Hoffmann gestrichelt.

Auf Grund dieser Befundung kam der Gerichtshof, ohne daß es erst der Vernehmung der Entlastungszeugen bedurfte, zur Freisprechung der Angeklagten, da sich die Anklage als ungerechtfertigt erwies. Das Verhalten der Angeklagten müsse dahin ge-

wilddigt werden, daß sie der Aufforderung des Schuttmanns Folge geleistet haben.

Der Prozeß v. Kriegsheim stellt an alle Beteiligten, hauptsächlich aber an den Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Köstler, außerordentliche Anforderungen. Der Angeklagte stellt die Langmut des Vorsitzenden auf eine harte Probe, ein Antrag folgt dem andern. Wird auf Ablehnung erkannt, so pflegt v. Kriegsheim die Protokollierung und die Herbeiführung eines Gerichtsbeschlusses zu beantragen. Im Lauf der Verhandlung erklärt der Präsident: „Angeklagter, Sie haben die Anerkennung gethan, man müsse den Gerichtshof ermüden.“ Ich sage Ihnen demgegenüber, und erwidern Sie nicht, und wenn dieser Prozeß noch so lange dauert.“ Nach einer Bemerkung des Präsidenten dürfte der Prozeß kaum vor dem 22. Dezember zu beenden sein.

Vermischtes.

Ein Großfeuer zerschürte in der verflochtenen Nacht sämtliche Wirtschaftsgelände des dem Grafen Reventlow gehörigen Guts Kottenhof bei Kiel. 275 Stübe verbrannten, das Herrenhaus wurde gerettet. Es wird Brandstiftung vermutet. Das Feuer ist jetzt gelöscht.

Eisenbahn-Unfall. Auf dem Bahnhof Engelsdorf fuhr gestern abend um 10 Uhr der von Dresden kommende Durchgangs-Güterzug Nr. 4576, welchem irrtümlich die Einfahrt freigegeben war, infolge dichten Nebels auf einen im Einfahrtsgelände haltenden Güterzug. Acht Wagon dieses Zugs entgleisten und wurden teil-

weise zertrümmert. Personen sind glücklicherweise nicht verletzt, der Materialschaden ist sehr bedeutend. Der Verkehr auf der Linie Leipzig-Dresden wurde heute früh uneingeschränkt wieder aufgenommen.

Massenunglück in Amerika. San Francisco, 30. Nov. Gestern hatten zahlreiche Zuschauer eines Fußball-Beispiels auf dem Dach einer Glasfabrik Platz genommen. Das Dach stürzte ein, etwa 100 Personen fielen auf die unmittelbar darunter befindlichen Oefen und mit flüssigem Glas gefüllten Gefäße. Mehrere Personen waren auf der Stelle tot, viele erlitten schwere Brandwunden.

Witterungsübersicht vom 30. November 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer homb. mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. ° C. = ° F.	Stationen	Barometer homb. mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. ° C. = ° F.
Swinebde.	755	O	4	bedekt	3	Bayern	757	NO	2	bed.	-12
Hamburg	753	O	2	bed.	1	Preußen	752	NO	1	bed.	9
Berlin	753	O	3	bed.	1	Wolg.	700	O	3	bed.	6
Frankf./M.	749	NO	4	bedekt	1	Paris	-	-	-	-	-
Wien	746	NO	5	bedekt	-1						
Wien	753	SO	2	bedekt	5						

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 1. Dezember 1900.
Ein wenig wärmer, vorwiegend trübe und neblig mit Niederdrücken und mäßigen östlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

II. Wahlkreis.

Am 29. d. M. schied durch Herzschlag plötzlich unser Weiden der langjährige treue Parteigenosse

Gustav Hartleib.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 3 Uhr vom Heilig-Kreuz-Friedhof in Mariendorf statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersuchen
210/9) Die Vertrauensleute.

Wahlverein für den 2. Kreis.

Todes-Anzeige.

Donnerstag, den 29. d. M., verstarb nach langem Weiden unser Mitglieð

Gustav Hartleib.

Die Beerdigung findet am Sonntag, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Heiligen Kreuz-Kirchhofs in Mariendorf aus statt.
1236/17

Der Vorstand.

Gesangverein

Kreuzberger Harmonie.

Donnerstag, den 29. November cr., morgens 7 1/2 Uhr, verstarb plötzlich am Herzschlag unser langjähriger Mitglieð, der Scheinträger

Gustav Hartleib.

Wir werden ihm stets ein dauerndes Andenken bewahren!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 2. Dezbr., nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Heiligen Kreuz-Kirchhofs in Mariendorf aus statt.
13485

Der Vorstand.

Kranken- u. Begräbniskasse

der Gärtler und Broneure.

(E. H. 60.)
Die Beerdigung des am 28. November verstorbenen Mitglieðs, Galdaniours
13515

Carl Tews,

findet am Sonntag, 2. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Heiligen Kreuz-Kirchhofs in Mariendorf aus statt. Um rege Beteiligung bitte!

Der Vorstand.

Am 29. November entschied nach längerem Weiden mein lieber Mann, unser guter Vater und Großvater, der Schriftsteler

Albert Schweikart

im 72. Lebensjahre.
Beerdigung Sonntag, den 2. Dezember, vorm. 11 Uhr, von der Halle des Heiligen Kreuz-Kirchhofs in Friedrichshede.
Um stille Teilnahme bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.

Der Vorstand.

Donnerstagmittag fiarb nach kurzen, schweren Krankenlager meine liebe Frau, gute Mutter, Schwester und Tochter

Hilma Knaack,

geb. Zornow.
Dies zeigt mit der Bitte um stille Teilnahme an
M. Knaack nebst Kindern und Verwandten.
Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 3 Uhr in Mariendorf statt.

Zwei Vereinsmitglieder

empfehlen Restaurant Schwedter, Straße 265.
13715

Verband der Möbelpolierer.

Montag, den 3. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in Rixdorf, Hermannstr. 107:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Loh über: Moral und Sittlichkeit. 2. Diskussion. 3. Aufgabe der Krankenkasse zum 27. Dezember, nachmittags 4 Uhr. 4. Verschiedenes.

Mittwoch, 5. Dezember, abends 7 Uhr, Friedrichsbergerstr. 11:

Sitzung der Vertrauensmänner.

Der Vorstand.
148/7

Typographia.

Den verehrlichen Mitgliedern hierdurch die traurige Nachricht, daß unser Kollege u. langjähriger

Ehren-Mitglied

Friedr. Goldsche

am 27. November ds. J. nach schwerem Weiden im 65. Lebensjahre verstorben ist.

In Anbetracht der großen Verdienste, welche sich der Entschlafene um unsern Verein erworben hat, ist es Ehrenpflicht aller Mitglieder, an der am Sonntag, den 2. Dezember, vormittags 11 1/2 Uhr, auf dem Heil. Kreuz-Kirchhof (Mariendorf) stattfindenden Beerdigung teilzunehmen.

Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse

der Sattler

und verwand. Gewerbe zu Berlin.
Sonntag, den 8. Dezember, abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlung

der in den Wahl-Versammlungen vom 13. und 15. Oktober 1900 gewählten Vertreter der Arbeitgeber u. Arbeitnehmer im

Gewerkschaftshaus.

Engel-Ufer 15. Seitenstügel I. Saal VII.
Tages-Ordnung:
1. Fortsetzung der Verhandlung über den Antrag des Vorstands, betreffend die Wahl eines Dienstvertrages mit unsern Kassen-Angehörigen, eventuell Venderung des § 64 unres. Statut. 2. Renowahl des stellvertretenden

Rekordanten. 274/16
Nur die mit Legitimation eventuell Mitgliedsbuch versehenen Vertreter haben Zutritt.
Um zahlreiche und pünktliche Erscheinung ersucht

Der Vorstand der Ortskrankenkasse der Sattler und verwand. Gewerbe zu Berlin.
Im Auftrage:
H. Warner, Vorsitzender, SO., Rantaustraße 29, II. P. Jonner, Stellv. Schriftföher, N., Schweinendestr. 4, II.

Riesen-Stofflager

Krausenstr. 14 I. Etage, fertigt nach Mass unter garantiertem Sitz:
Gochlegante Winterpalotots für 36 M. Gochlegante Anzüge für 30 M. Gochleine Bekleider für 10-12 M.

Jede Dame lese!

Reifenmuster, amschl. Modelle. Jackets, schwarz u. farb., v. M. 6,00 Jackets a. Sde. eleg. verarb., v. M. 10,50 Sandpalotots u. a. gutt. v. M. 7,50 Frauencape, 90-100cm l. v. M. 12,00 Abendmäntel, sch. u. farb., v. M. 6,50

Damen-Mäntel-Fabrik

Soydelstr. 2, 1. Tr. am Spittelmarkt. Abends bis 9 Uhr, Sonntag 8-10 und 12-2 geöffnet. 2140

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Drechsler.

Die Mitglieder der Drechsler-Zunungs-Krankenkasse werden hierdurch angefordert, zu der am Sonntag, den 2. Dezember, vormittags 9 1/2 Uhr, im Königsstadt-Kaffee, Holzmarktstr. 72, stattfindenden Versammlung zur Wahl der Delegierten zur Generalversammlung pünktlich und vollständig zu erscheinen. - Rasenbuch legitimiert. 284/12

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.
Sonntag, den 2. Dezember 1900, vormittags 10 Uhr,
Ordentliche General-Versammlung

im „Palast-Theater“, Burgstraße (Ede Wolfgangstraße). Tages-Ordnung:
1. Renowahl des 1. und 2. Bevollmächtigten, des Rekordanten und des Sekretärs.
2. Antrag auf Anstellung eines sechsten Beamten.
Chue Mitgliedsbuch kein Zutritt!
Die Vertrauensleute sind verpflichtet, den Kollegen die Mitgliedsbücher auszuhandigen.

Die Bibliothek befindet sich im Verbands-Bureau, Engel-Ufer 15 I., und ist täglich während der Bureaustunden von 9-1 Uhr vormittags und 4-7 Uhr nachmittags geöffnet; Dienstags und Donnerstags außerdem von 7-9 Uhr abends. Sonnabends nachmittags ist die Bibliothek geschlossen.

Montag, den 3. Dezember, abends 7 Uhr:
Versammlung
der Former und Gewerkschaftsarbeiter

im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15. Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten H. Högler über: Welterschöpfung und Weltuntergang.
2. Diskussion.
3. Verbandsangelegenheiten.
Die Kollegen werden ersucht, die noch ausstehenden Fragebogen zu dieser Versammlung mitzubringen.

Die Ortsverwaltung.
121/18

Arbeiter, Frauen!

Volks-Versammlung

Montag, den 3. Dezember, abends 8 1/2 Uhr:
in „Pahlmanns Vaudeville-Theater“, Schönhauserallee 148. Tages-Ordnung:
1. Die Verleinerung des Lebensunterhalts und die Organisation des Konsums. Referent: K. Rosenow. 2. Diskussion.
Da die Versammlung für das kommende Publikum von großer Wichtigkeit ist, erwartet zahlreiche Erscheinen.
Der Eintrichter: Franz Walther.

NB. Flugblattverteilung morgen Sonntag früh 1/9 Uhr. Wir bitten die Genossen, sich zahlreich im Restaurant, Oberbergerstr. 49, einzufinden.
121/18

Arbeiter, Handwerker!

Stralau.

Partei-Versammlung

Am Sonntag, den 2. Dezember 1900, nachmittags 1 1/2 Uhr, in der „Victoria-Brauerei“ zu Stralau
Tages-Ordnung:
1. Handelspolitik und Handelsverträge. Referent: Genosse Paul Johu. - 2. Diskussion. - 3. Bericht des Vertrauensmanns, der Revisionen und der Parteikommission sowie Renowahl derselben. - 4. Besprechung über das neue Organisationsstatut. - 5. Verschiedenes.
Die Parteigenossen und Genossen werden um zahlreiche Erscheinen ersucht. Zur Deckung der Kosten 10 Pf. Entree.
13416) Der Vertrauensmann.

Verein der Maschinisten, Heizer und Berufsgenossen
Berlin und Umgegend.
Sonntag, den 2. Dezember, nachmittags 5 Uhr.
„Gohus-Behälte“, Deutschstr. 20:
Versammlung
Tages-Ordnung: Vortrag des Herrn Ing. Heinz Bauer über: Ein erläuternder Spaziergang in der Elektrotechnik. - Verschiedenes. - Fragestufen.
Der Vorstand.

Die Bedeutung der Konsum-Genossenschaft für die Arbeiter.

Referent: Genosse Dr. Leo Arons. 279/13

Volks-Versammlung

Teile allen Freunden und Bekannten hierdurch mit, daß ich das bekannte Restaurant neu eröffnet habe. Empfehle meine Vereinszimmer von 10-60 Personen zu Sitzungen und Festlichkeiten jeder Art. Regalbau, franz. Billard. Fernsprecher: Amt I, 4505.
13585
Angewandter Familienaufenthalt.

W. Thiede, Seydelstr. 30.

Partei-Expeditionen:

Berlin vierter Wahlkreis O.: Robert Wengel, Große Frankfurterstr. 133, Hof part. - SO.: Fritz Thiel, Schillerstr. 35 v. part. - Sechster Wahlkreis (Noahit): Karl Kuderz, Schwanenstraße 8, part. im Laden. - Wedding und Oranienburger Vorstadt: Emil Stojzenburg, Wiesenstraße 41/42. - Gesundbrunnen: Wilhelm Wasmann, Wusthofstr. 55. - Rosenthaler Vorstadt und Schönhauser Vorstadt: Karl Mars, Kalksteinallee 66/68. - Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Seidenbühnenstr. 1, Ede Goethestr. v. 1 Treppe. - Deutsch-Wilmersdorf: Th. Müller, Berlinerstr. 132/133, rechter Seitenstr. und Th. Ridel, Auguststr. 3 v. I. Friedrichsberg-Friedrichsfelde: Carl Weil, Berlin O., Frankfurter Allee 177. - Grünau: Engel, Dahmestr. 6. - Rixdorf: Ostermann, Erstr. 6. - Schöneberg: Bild. Baumler, Kropfel Paulstr. 13, Quergebäude 60/61. - Ober-Schöneweide: Otto Johu, Wilhelmshofstraße 18. - Nieder-Schöneweide: Karl Weber, Cigarrengeschäft. - Johannisthal: Paul Mann, Friedrichstr. 39, I. - Adlershof: Emil Bollmann, Seichowstr. 14. Köpenick: Franz Weber, Cigarren-Fabrikation, Grünauerstr. 1. - Friedmann-Steglitz: H. Bernier, Rischstraße 15 in Friedenau. Besetzungen nehmen entgegen in Steglitz: H. Roser, Däpferstraße 8, und Fr. Schellhase, Thormstraße 10a. - Baumchulowweg: Stodt, Emstr. 2 II. - Neu-Weissensee: Heinrich Bachmann, Veddstr. 1, part. links. Rummelsburg: Jörgbert, Prinz Altdtr. 5a.
Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen.
Es wird dringend ersucht, den bisherigen Expeditoren rechtzeitig von der Wohnungsveränderung Mitteilung zu machen, da die Expeditoren verpflichtet sind, die Adressen an die zuständigen Bezirke abzugeben.

J. Brünn

(Bahnhof Börse) Hackescher Markt Nr. 4.
Billige
Weihnachts-Geschenke.
Nach herrschender Engros-Saison gelangen nunmehr große Lagerbestände mehrer

Teppiche! Gardinen!

Steppdecken! Portieren!
zu außergewöhnlich billigen Preisen zum

Ansverkauf!

Einzelne fehlerhafte Exemplare für die Hälfte des Wertes.

Arbeiter, Handwerker!

Wegen Aufgabe meines Geschäfts verfertige ich jetzt, um mit meinem großen Stofflager schnellstens zu räumen, zu folgenden bedeutend herabgesetzten Preisen:
Mass-Anzüge (früher 35, 38, 40, 43, 46 Mark, und Palotots) jetzt 28, 30, 32, 35, 39
Mass-Hosen (früher 9, 10, 12, 15, 18, 22 Mark, jetzt 7, 8, 9, 11, 13, 15
Für guten Sitz, haltbare Futhalen und Robarbeit leichte Garantie.
Berliger Herren- u. Knaben-Garderobe sowie Arbeits-Genuss-Bekleidung jetzt im

Ausverkauf

zu jedem nur annehmbaren Preise.
Hochachtung
Leo Wolff, Pandobergerstr. 103, 1. Etage.

E. Riek, Optiker, Weinbergsweg 15b.

(vorm. H. Richter.)
Bitte genau auf Firma zu achten, um sich vor Nachteil zu schützen.

Rathenower Neugold-Brillen und Pincenez

von Gold nicht zu unterscheiden M. 2,50
Nickel-Brillen, Pincenez 1,50
do. feinste Qualität 2,-
Stahl-Brillen 1,-
Brillen u. Pincenez, echt Gold double . M. 5,-, 6,-, 7,-
do. echt Gold M. 8,-, 10,-, 12,-
bis zu den teuersten.
Alles mit den besten Krystallgläsern.

Lieferung für alle Krankenkassen.

Eigne Reparatur-Werkstatt.



Spezialität
Opern- u. Reissglas „Herkules“ M. 10,- m. Led.-Etuis u. 2 Riemen.
Operngläser rein achromatisch von M. 6,- bis zu den feinsten. Gediegene Auswahl in Barometern, Thermometern, Laterna magica, Modell-Dampfmaschinen, Reisszeugen zu festen billigen Preisen.

Kaufhaus Gebrüder Joseph

Badstrasse 32. BERLIN N. Badstrasse 32.

„Gesundbrunnen.“

☞ Montag, Dienstag, Mittwoch ☜

kommen fehlerhafte Teppiche, fleckige Steppdecken, Reste Läuferstoffe, sowie Reste Gardinen zu spottbilligen Preisen zum Verkauf, worauf wir ganz besonders aufmerksam machen. Gebrüder Joseph.

(332L*)



Geschäfts-Eröffnung!

Am Freitag, den 30. v. Mts., fand in

Schöneberg, Haupt-Str. 150, Ecke Kaiser Friedrich-Str.

die Eröffnung von

Werner's Schuh-Magazin

statt.

Die Firma besorgt den Einkauf ihrer Schuhwaren seit Jahren mit vielen andern Schuhwarenhändlern gemeinschaftlich und ist dadurch in den Stand gesetzt, ganz besonders billig einkaufen und verkaufen zu können.

In allen grösseren Städten, in denen die Firma Werner existirt, hat sich dieselbe in kurzer Zeit einen **grossen** Stamm treuer Kunden erworben.

Es ist das Princip des Unterzeichneten, nicht durch billige Schleuderartikel das Publikum anzulocken, sondern durch gute Qualitäten und verhältnissmässig billige Preise sich die Kundschaft zu erwerben und dauernd zu fesseln.

Da das Lager von dem **einfachsten** Arbeiter-Stiefel bis zum **elegantesten** Salon-Stiefel reichhaltig sortiert ist, so findet selbst der verwöhnteste Käufer etwas nach seinem Geschmack passend.

Hochachtend

Schöneberg
Haupt-Strasse 150.

Aug. Theodor Werner.

Berlin
Blumen-Strasse 2.



Streng reelle Bedienung!



Dieser moderne Hut in verschiedenen Farben mit Atlasfutter kostet 2 Mk. Einzelverkauf zu erstaunend billigen Preisen bei riesiger Auswahl in allen modernsten Sorten!

Sehr vorthollhafte Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Oscar Arnold

Hüte, Mützen u. Pelzwaren

Engros — Export

nur Dresdenstr. 116;

(kein Laden).



BESTE NAHRUNG FÜR gesunde & dermkranke Kinder

Kindermehl.

Wo baden Sie? In der Bade-Anstalt Norden, Lortzingstr. 33.

Dampf-, Dampfbad-, Dampfbäder, Bäder u. sämtl. medizinische Bäder. Montag u. Donnerstag: Dampfbäder für Damen den ganzen Tag. Lieferant sämtl. Krankentassen. 5789L*



Hüte * *

Trotz der kolossalen Steigerung in der Ausfabrikation verlaufe noch zu den alten Preisen. (55202)*

Otto Gerholdt,

Dresden-Strasse No. 2,

Ecke Staligerstrasse.

Wichtiges Lager in Schirmen, Mützen, Kranzkränzen.

Zähne 2 Mk.,

10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos Zahnziehen 1 Mk. Plomben 1,50 Mk. Teilzahlung wöchentlich 1 Mk. Zahn-Arzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Spr. 9-7. *

Herren- und Knaben-Bekleidung Heinrich Taureck

53. Reinlekdorfer-Strasse 53, gegenüber der Wiesenstrasse

empfiehlt, wie bekannt, zu billigsten realen Preisen:

Winter-Paletots, Hohenzollern- und Kaiser-Mäntel, sowie Anzüge Mt. 45,-, 40,-, 38,-, 35,-, 30,-, 8,50

Joppen, Knaben- und Jünglings-Anzüge sowie sämtliche Berufsbeleidung für Arbeiter.

Großes Stofflager zur Anfertigung nach Maß unter Garantie tadellosen Eiges. — Eigene Werkstatt im Hause.

Neu aufgenommen: Sämtliche Herren-Artikel als: Cravatten, Wäsche, Hüte, Schirme, Stöcke etc. zu allerbilligsten Preisen.

Lieferant des Rabatt-Sparvereins Norden und Hofenthaler Vorstadt.

Gold-Gottschalk.

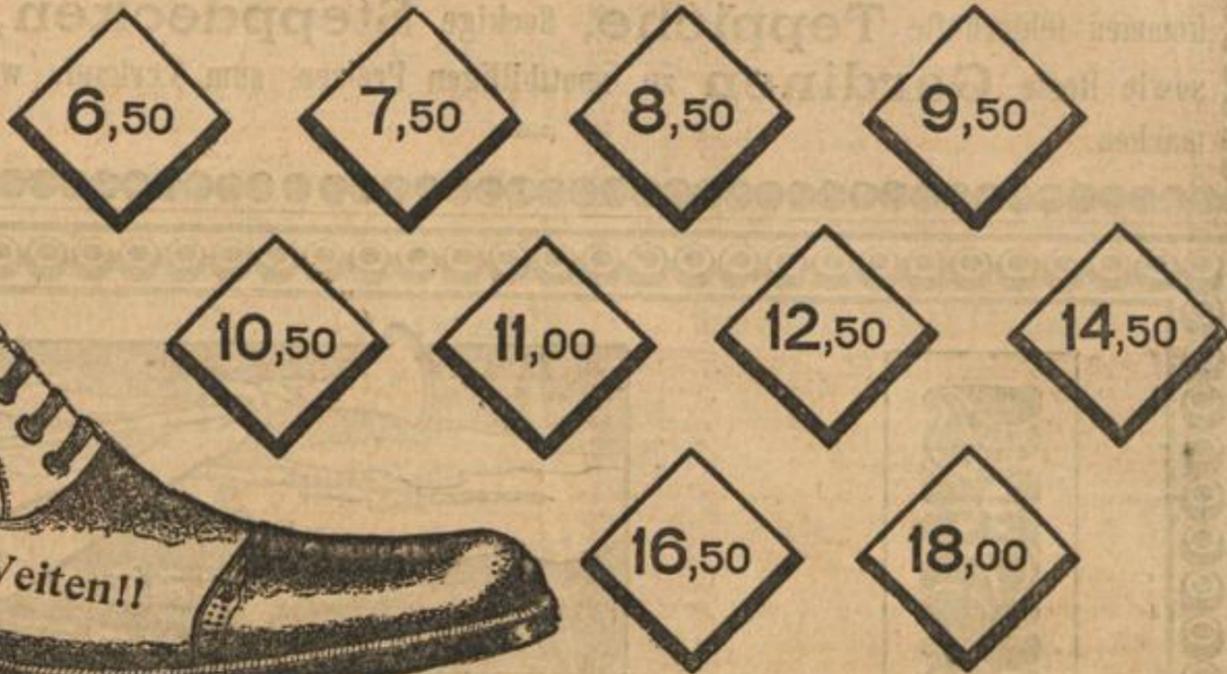
Wem wäre das **Uhren- u. Goldwaren-Geschäft** von **Hermann Gottschalk**, Admiralstrasse 37, nicht bekannt? Reelle, geschmackvolle Ware, billigste Preise, stets freundliche Bedienung findet man dort. Wirklicher Fachmann. Reparatur-Werkstatt im Hause.

Stiller's Schuhwaarenhaus

Jerusalemstr. 40, am Dönhoffplatz. ☞ Potsdamerstr. 2, am Potsdamer Platz.

Dauerhafte, widerstandsfähige Herrenstiefel.

Feststehende, äusserst berechnete Verkaufspreise:



In jeder Preislage wird Ausserordentliches geboten!
 Jeder Stiefel, auch der billigste, ist dauerhaft gearbeitet!

← Minderwertige Schuhwaaren, die nur den Schein der Billigkeit erwecken, sich aber im Gebrauche nicht bewähren und dadurch teurer werden, sind vom Verkaufe ausgeschlossen. →

CARL STIER

Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe

Berlin SO. **166. Oranienstr. 166.** Berlin SO.

Infolge der regen Nachfrage nach meinen Fabrikaten habe ich mich veranlaßt gesehen, wiederum meine Geschäftslokaltäten erheblich zu erweitern, so daß fast das ganze Haus Oranienstraße 166 für den Betrieb meines Geschäfts eingerichtet ist. Ich bin hierdurch in der Lage, allen Anforderungen, die an mich gestellt werden, was den Umfang, die Schnelligkeit und die Exaktheit derselben anbetrifft, in jeder Weise nachzukommen. Mein Prinzip, bei größter Auswahl tadellos passende, gut gearbeitete Sachen bei denkbar billigsten Preisen zu liefern, hat mir den großen und täglich wachsenden Kundenkreis geschaffen, den ich mir in jeder Weise zu erhalten bestrebt sein werde.

Meine Preise stellen sich wie folgt:

Rock- und Gesellschafts-Anzüge.

- Rock-Anzüge in Kammgarn, glatt oder Diagonal, schwarz oder blau 27, 30, 33, 38, 43, 48 Mr.
- Rock-Anzüge in Cheviot, schwarz oder blau 33, 38, 43, 48 Mr.
- Gehrock-Anzüge in Kammgarn, Tuch-Kammgarn od. Cheviot 30, 36, 42, 48, 54 Mr., mit Seide abgeard. 60 Mr.
- Rock-Anzüge in mellierten Kammgarn-Stoffen, grau oder marengo 33, 38, 43, 48 Mr.
- Gehrock-Anzüge in mellierten Kammgarn- oder Cheviot-Stoffen, grau oder marengo 36, 42, 48 Mr.
- Smoking-Anzüge, glatt Kammgarn 36, 48 Mr.

Jackett-Anzüge für Herren.

- Kammgarn-Anzüge, schwarz, dunkelblau, dunkelbraun 20, 22, 50, 25, 30, 35 bis 50 Mr.
- Cheviot-Anzüge, einfarbig, schwarz, blau oder braun 17, 50, 20, 22, 50, 25, 30, 35 bis 45 Mr.
- Cheviot-Anzüge, melliert, in modernen Farben, darunter große Reibheiten 17, 50, 20, 25, 30, 35 bis 50 Mr.
- Kammgarn-Anzüge in marengo-, grau- oder olive-mellierten Farben 30, 35, 40, 45, 50 Mr.
- Velour-Anzüge, dicke Ware, solide Muster, Anzüge für ältere Herren 25 und 30 Mr.
- Anzüge von gewirtem Buckskin, haltbare Stoffe und solide Muster 15, 25, 30, 35 bis 45 Mr.

Die festen Preise sind auf dem Etikette jedes Gegenstands deutlich durch Stempel vermerkt. Ein willkürliches Fordern findet also nicht statt; es kann also jedermann sich von der Qualität der Ware selbst überzeugen. — Nach

Paletots für Herren.

- Paletots in Eskimo mit elegantem Futter, schwarz oder dunkelblau 18, 20, 22, 50, 25, 30, 35 bis 55 Mr.
- Paletots in Eskimo mit gestepptem Futter, sehr vornehm 20, 25, 30, 40, 45 bis 60 Mr.
- Paletots in Cheviot, dunkelblau, schwarz oder braun 25, 30, 35 bis 45 Mr.
- Paletots in Cheviot oder Eskimo in den so beliebten marengo- oder dunkelgrauen Farben, Futter 15, 30, 35 bis 45 Mr.
- Paletots in Sportstoffen 30, 35 bis 45 Mr.
- Paletots in Rockfaçon, hochmodern 35 bis 45 Mr.

auswärtig sende Muster und Mahanleitung frei gegen frei zu. — Hunderte von unerlangten Anerkennungen sind ein Beweis für die gute Ausführung, tadellosen Sitz sowie prompte Bedienung.

Filiale: Potsdam, Brandenburger Strasse 23.

